Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 1 Thlr. 22½ Sgr., mit Botenlohn 2 Thlr. — Für ganz Preußen, mit Postzuschlag: 2 Thlr. — Für ganz Deutschland: 2 Thlr. 12 Sgr. —
Die einzelne № wird mit 2½ Sgr. berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung:
Deßauer-Straße № 5.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Nr. 205. Berlin, Donnerstag, den 5. September. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath und kommissarischen Director der Abtheilung für die katholisch-kirchlichen Angelegenheiten im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten, Aulike, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen;

Die bisherigen kommissarischen Vorsteher der Ober-Post-Directionen in Breslau, Magdeburg und Koblenz, Ober-Post-Direktor Geheimen Rechnungs-Rath Kämpffer, Ober-Post-Direktor Gerike und Ober-Post-Direktor Windmüller, als Ober-Post-Directions-Vorsteher zu bestätigen; die kommissarischen Ober-Post-Direktoren

Geheimen Revisor Meyer für den Ober-Post-Directions-Bezirk Köslin, Postrath Strahl für den Ober-Post-Directions-Bezirk Merseburg, Post-Inspektor Friederich für den Ober-Post-Directions-Bezirk Düsseldorf, Post-Inspektor Schröder für den Ober-Post-Directions-Bezirk Arnsberg, Ober-Post-Secretair Giesel für den Ober-Post-Directions-Bezirk Trier zu Ober-Post-Direktoren, und die Bureau-Vorsteher der Ober-Post-Directionen

Geheimen Revisor Lenz in Magdeburg, geheimen expedirenden Secretair Fritze in Potsdam, geheimen expedirenden Secretair Radike in Marienwerder, Postmeister Richter in Münster, Ober-Post-Secretair Hasse in Aachen, Ober-Post-Secretair Bauer in Posen, Ober-Post-Secretair Petersson in Minden, Post-Verwalter Eickholt in Arnsberg, Post-Secretair Kurzmann in Erfurt, so wie den Bureau-Vorsteher bei der Telegraphen-Direction in Berlin, Post-Inspector Gottbrecht, zu Posträthen;

Den Oberlandesgerichts-Assessor a. D. von Hellermann und den bisherigen Landraths-Amts-Verweser Winterfeld zu Landräthen; und

Den Kaufmann W. Backow in Gothenburg an Stelle des auf seinen Wunsch entlassenen bisherigen Konsuls Willerding zum Konsul daselbst zu ernennen; so wie

Dem Ober-Ceremonienmeister Grafen v. Pourtales die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Hoheit dem Herzoge von Sachsen-Meiningen ihm verliehenen Großkreuzes des Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens zu ertheilen.

Auf den von Sr. Majestät dem Könige genehmigten Vorschlag Ihrer Majestät der Königin sind die erledigten Stellen im Kapitel des Louisen-Ordens

der Frau Wirklichen Geheimen Räthin v. Bassewitz,
der verwittweten Frau Münzmeister Unger und
der verwittweten Frau Rechnungs-Räthin Dietrich

Allergnädigst verliehen worden.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Das dem Privat-Secretair Friedrich Wilhelm Textor zu Berlin unter dem 19. Nov. 1848 ertheilte Einführungs-Patent

auf ein durch Beschreibung erläutertes Verfahren, auf galvanischem Wege Reliefplatten darzustellen,

ist erloschen.

Der engere Rath

hat sich constituirt zu Frankfurt im Palais Thurn und Taxis, aber es wird ihm nicht gelingen, das zerrissene Deutschland zu einigen. Wie Preußen durch die gegen Oesterreichs Willen geschlossene Union, so wird Oesterreich durch den gegen den Willen Preußens berufenen engeren Rath die Wirren des deutschen Vaterlandes nicht lösen. Es ist nun einmal keine Einheit möglich für Deutschland, so lange diese beiden Großmächte nicht denselben Weg gehen, so lange sie nicht davon ablassen, ihre Stärke, statt in einträchtigem Zusammenhalten, in der Zahl der mit ihnen verbündeten kleinern Staaten zu suchen.

Wir sind nicht so geartet, daß wir den Krieg fürchten sollten: Preußen mag ihn getrost führen, wo's einer gerechten Sache gilt. Wir sind aber auch nicht so verblendet, um uns einzubilden, eine Alliance mit Schwarzburg und Dessau würde den preußischen Fahnen den Sieg verschaffen, — so wenig wie es Oesterreich sonderlich nützen würde, wenn das Aschaffenburger Main-Corps und die Truppen aus Bückeburg sich seinen Heeren anschließen möchten.

Die Zeiten sind schwer, und was in ihrem Schooße ruht, wissen wir nicht. Eins aber wissen wir: so lange Preußen und Oesterreich uneinig bleiben, wird Deutschland nicht einig werden. Darum lassen wir nicht ab, unsere Stimme zu erheben für solche Eintracht, und will man uns nicht hören, so haben wir doch unsrer Pflicht genügt.

Deutschland.

□ **Berlin**, 4. Sept. Die Constitutionelle Zeitung bringt heute als Fortsetzung ihres gestern von uns abgedruckten Artikels folgende Auslassung gegen uns, die wir zunächst unsern Lesern auch einfach mittheilen:

„Bei großen Umwälzungen giebt es allemal einen großen Rückschlag nach der Seite der alten Bildungen und Zustände, welche gestürzt werden. In allen Revolutionen hat es eine Partei gegeben, welche der Eifer der Neuerer zu um so größerer Hartnäckigkeit in der Vertheidigung des Alten spornte. Das revolutionirte Frankreich hatte seine Vendée, und die Kavaliere Karls I. wetteiferten an Tapferkeit mit den Soldaten des langen Parlaments.

Man hätte erwarten können, daß unserem Vaterlande die Schrecken einer Contre-Revolution und die Ausschreitungen des reactionairen Wahnsinns erspart werden würden. Nicht die Revolution ist es gewesen, welche sich in Deutschland an dem Königthum vergriffen hat: gegen Rebellen ist die große Mehrzahl des Volkes es zu schützen allewege bereit gewesen.

Was Wunder, wenn die Extreme der Reaction und die Extreme des Umsturzes sich gleichen! Was Wunder, wenn es eine gleich verächtliche Kritik ist, welche jetzt dem Absolutismus die Waffen schärft und welche im Namen der Republik einen Räuberkrieg führte? Was Wunder endlich, wenn die Ritter der neupreußischen Partei einen Anblick bieten, dem gegenüber die Vertheidiger Karls I. oder Ludwigs XVI. uns Bewunderung und Achtung abnöthigen?

Es ist nicht eine ritterliche Pietät vor der geheiligten Person des Königs, die ihnen für ihre Umtriebe ein Privilegium schaffte; denn in diesem Lande wetteifert die ungeheure Mehrheit in der loyalen Anhänglichkeit an einen Thron, der von Niemand als von der Verrücktheit und von den Gelüsten einer Camarilla bedroht ist. Es ist in ihnen nichts von jenem ehrenwerthen Eifer für Verjährung und Rechtsbestand, welcher einst dem beredten Burke die Feder in die Hand gab; denn ihr Geschäft ist es, die Wurzeln des Rechts zu zerschneiden und die Treue der Verheißungen und der Eidschwüre auszulöschen. Es ist endlich nicht der Fanatismus eines Prinzips, von dem sie erglühen; denn die Lehre des Königthums von Gottes Gnaden entartet bei ihnen zu der Lehre von der Heiligkeit des Bürgerkrieges und von der persönlichen Bravour des Tyrannen.

Sie haben, um es kurz zu sagen, schlechterdings Nichts in sich selbst, was sonst noch den Verirrungen der Menschen einen Schein von Recht und einen Anspruch auf Anerkennung sichert. Sie leben nicht von irgend einem ursprünglichen Glauben, von irgend einem Grundsatz, oder irgend einer irregeleiteten Empfindung. Sie leben von dem, was sie bestreiten, von dem schaalen Abhub der Revolution. Der gesunde Sinn unsres Volkes hat die Ausschweifungen ohne Mühe überwunden, welche den Ausbruch unserer Märzbewegung begleiteten; der Geschmack für die Freiheit hat den für die Zügellosigkeit und für die Pöbelherrschaft beseitigt. Von diesen Dingen zu reden und an diesen Gemeinheiten sich zu ergötzen, ist das alleinige Vorrecht der Ritter des Kreuzes geblieben. Ihre Geistlosigkeit muß sich aufhelfen mit den Phrasen der Straße und mit den pikanten Skandalen einer Emeute. Ohne Sinn für den Staat und ohne Gefühl für Freiheit sind sie lüstern nach jenen Effekten, in welchen die zerstörte Kraft einer Nation sich dem Ausland zum Schauspiel giebt. Sie sind zu sehr an den Salon gewöhnt, um ihren Platz hinter Barrikaden zu suchen, aber sie sind Pöbel genug, um nach dem Blut eines Bürgerkrieges zu verlangen.

An der Spitze eines Heeres, wir bezweifeln es nicht, würden Etliche von ihnen so gute Dienste leisten, wie nur jemals die Jakobiner mit der wandernden Guillotine. Aber die Mehrzahl von ihnen würde mehr an seiner Stelle sein in dem Cabinet eines reactionairen Convents oder auf den Posten der Diplomatie. Ihr Cynismus wäre nicht so vollendet, wenn sie nicht noch vollendeter in der Sophistik wären. Welches Wort in der Sprache des Rechts und der Freiheit hätten sie nicht in ihrem Munde geschändet? welchem Ausdruck von Treue und Glauben, von Rechtssinn und Nationalgefühl hätten sie nicht den Stempel ihrer verbrecherischen Absichten aufgedrückt? Man spricht ihnen von der Pflicht des Worthaltens — und sie sind nicht verlegen, den anempfohlenen Bruch aller Königsworte als Treue zu interpretiren. Man spricht ihnen von Recht und Verfassung — und sie zögern nicht, diese Namen für den Umsturz der Verfassung und für die Anarchie eines Eidbruchs zu usurpiren. Man spricht ihnen von dem Vaterlande und von der Heiligkeit des Nationalgefühls — und sie rühmen sich ihrer deutschen Gesinnung, indem sie über die Siege der Dänen jubeln und mit Rußland und Oesterreich conspiriren.

Wir sprechen nicht von dem widerwärtigen Eindruck, welchen ihre Redeweise macht. Wir finden es begreiflich, daß ihre Beredtsamkeit die Frivolität ihrer Gesinnung spiegelt. Wir beneiden dem Rundschauer den Ruhm nicht, jenen Jargon in die deutsche Literatur eingeführt zu haben, welcher eine Mosaik von biblischen Phrasen, von Kathederdoctrinen, von dem Bombast der Revolutionen und von dem elenden Witze des Marktes ist. Ihre Reden sind Kapuzinaden und ihre Aufsätze sind Pasquille. Dieselben haben den ganzen Reiz der Lüge und des Scandals und die ganze Langeweile von stereotypen Pointen.

Mögen sie reden, wie sie wollen, aber möge die Vorsehung unser Vaterland behüten, daß sie mit ihrem schleichenden Einfluß sich nicht in den Rath eindrängen, nach dem es regiert wird! Ihre schleicherische Beflissenheit ist das Einzige, welches wir fürchten. Die Wege, welche sie versuchen, um den höchsten Willen in diesem Lande zu verwirren und zu umstricken, liegen zu Tage. In seinem Gemüthe hat der König, welchem die schwere Katastrophe des März die tiefen Wunden geschlagen, die Vermittelung ausgefunden zwischen den Anschauungen seiner ersten Regierungszeit und den Pflichten, deren Uebernahme der Eid auf unsere Verfassung forderte. An der Auflockerung dieses zarten Bandes sind nun diese Menschen zu arbeiten geschäftig. Sie sehen, daß es eine Auffassung giebt, in welcher die göttliche Belehnung der Könige zusammengeht mit dem menschlichen Gesetz, welches den Fürsten zu dem freien Diener seiner Bürger macht. Sie richten auf die Zerstörung dieses Glaubens alle Kraft ihres Scharfsinnes und ihres Witzes. Sie werden zu diesem Zweck zu Verräthern und zu Sophisten an ihrer eigenen Gottes-Gnaden-Theorie und sie würzen die Lehre von der Legitimität mit der Lehre von der höheren Legitimität des Kronenkampfes und der Contrerevolution!

So beschaffen sind diese Menschen und so berechnet sind ihre Anstrengungen. In diesem Staate giebt es nichts, was heilloser, aber es giebt Eins, was verächtlicher wäre, — Ihr Männer des November, schlagt sie zu Boden, die Gerüchte, daß Ihr zwar kühn genug wäret, Eure Plätze zu behaupten, aber auch niedrig genug, um am Schlepptau jener Rebellen zu gehn! —"

Die Deutsche Reform setzt ihre Erörterungen über das Papiergeld in Deutschland fort. Sie betrachtet heute den „Umfang der Papier-Circulation im Vergleich mit den statthaften Gränzen."

In der Spenerschen und der National-Zeitung werden noch Betrachtungen über den Tod Louis Philipps angestellt.

Die Vossische Zeitung erörtert die Frage über die Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen. Sie stellt den Gegensatz zwischen beiden Staaten dahin auf, daß Oesterreich vermöge seiner innern staatlichen Beschaffenheit kein andres Regiment als ein absolutistisches führen könne, und deshalb auch bei seinen bundestäglichen Bestrebungen in Frankfurt einer Volksvertretung mit keiner Sylbe gedacht habe; während dagegen Preußen auf den Constitutionalismus hingewiesen sei, und daher in seinen deutschen Bestrebungen auf das Parlament. Hinsichtlich der Verständigung heißt es alsdann: Man könnte neben einem staatlichen Dualismus auch noch eine Verschiedenheit des deutschen Verfassungswesens annehmen, so daß Oesterreich und seine Verbündeten einen Bundestag constituirten, während Preußen mit seinen Verbündeten ein Unions-Parlament beibehielte. Freilich werde Oesterreich sich schwer zu einem solchen Arrangement verstehen.

Der Norddeutsche Correspondent, die Niedersächsische Zeitung und die Freimüthige Sachsenzeitung — ob auch die Deutsche Volkshalle, wissen wir nicht — haben die etwas undankbare Arbeit auf sich genommen, den österr. Finanzminister und die Wiener Nationalbank gegen die einschneidenden Angriffe zu vertheidigen, welche von allen Seiten gegen die österr. Finanzverwaltung und namentlich gegen das unerhörte Privilegienwesen der Nationalbank erhoben werden.

— Zur Orientirung in der deutschen Frage theilen wir folgende Aktenstücke mit:

I. Der ergebenst gefertigte kaiserl. Gesandte hat die Ehre, Sr. Exc. Freiherrn v. Schleinitz, königl. Minister des Auswärtigen, Abschrift einer heute erhaltenen Weisung seines allerhöchsten Hofes einzuhändigen, wodurch der ergebenst Gefertigte beauftragt wird, eine an sämmtliche Mitglieder des Bundes gerichtete Einladung, sich an der auf den 1. Sept. d. J. anberaumten Wiedereröffnung der Bundesversammlung zu betheiligen, an die königl. preußische Regierung zu bringen.

Indem der ergebenst Gefertigte diesem Auftrage nachkommt, spricht er im Namen des kaiserl. Hofes die vertrauensvolle Erwartung aus, daß die königl. Regierung dieser Einladung, in Erwägung der von dem kaiserlichen Cabinette zur Begründung derselben geltend gemachten Rücksichten, der zur Wohlfahrt Deutschlands nöthigen Einigung und der Wichtigkeit, sie auf bundesgesetzlichem Wege zu bewirken, mit der Bereitwilligkeit entsprechen werde, welche diese Erwägungen bei einem bundesfreundlichen und für das Wohl Deutschlands ernstlich beeiferten Cabinette nicht bezweifeln lassen. Der ergebenst Gefertigte ergreift ꝛc. (gez.) v. Prokesch-Osten.

Sr. Excellenz Hrn. Freiherrn v. Schleinitz.

II. Depesche des Fürsten Schwarzenberg an den österreichischen Gesandten zu Berlin, Freiherrn von Prokesch-Osten. d. d. Wien, den 14. August 1850. Die letzten, zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin gepflogenen Unterhandlungen haben uns zu der Ueberzeugung geführt, daß es unter den obwaltenden Umständen unerläßlich geworden sei, die mit dem 12. Juli 1848 außer Wirksamkeit getretene Bundes-Versammlung wieder zur vollen Ausübung der ihr bundesverfassungsmäßig zukommenden Rechte und obliegenden Verpflichtungen zu berufen, und dieselbe in Thätigkeit zu erhalten, bis eine auf gesetzmäßigem Wege erzielte Revision der Bundesverfassung ein anderes bleibendes Organ des Willens und Handelns des Bundes an ihre Stelle gesetzt haben wird.

Wir glaubten uns verpflichtet, diese unsere Ueberzeugung vor Allem jenen unserer Bundesgenossen mitzutheilen, welche sich dem von dem Kaiserlichen Kabinette bisher befolgten Gange angeschlossen hatten.

Wir haben dies durch die hier im Anbuge mitfolgende Cirkular-Depesche vom 19. Juli gethan.*)

Diese enthält die Ausführung der unsere Ueberzeugung bestimmenden Gründe, die von sämmtlichen in der außerordentlichen Bundes-Plenarversammlung vertretenen Regierungen vollkommen gewürdigt worden sind und dieselben bewogen haben, es dem Kaiserlichen Präsidialhofe anheimzustellen, die Einberufung der Bundesversammlung vorzunehmen, — wie Ew. ꝛc. aus den hier mitfolgenden Abdrücken der Protokolle ersehen werden, welche über die am 7ten und 8ten d. M. im Schooße der außerordentlichen Plenarversammlung stattgehabten Verhandlungen aufgenommen worden sind.**)

Gestützt auf die zwischen den Ansichten jener Bundesgenossen und der unseren bestehende volle Uebereinstimmung, lassen wir heute eine an sämmtliche Mitglieder des Bundes gerichtete Einladung ergehen, sich an der auf den 1. September d. J. anberaumten Wiedereröffnung der Verhandlungen der Bundes-Versammlung zu betheiligen.

Ew. ꝛc. werden beauftragt, diese Einladung im Namen des Kaiserlichen Hofes und in förmlicher Weise an die Königlich preußische Regierung zu richten und die vertrauensvolle Erwartung auszusprechen, daß sie derselben, in Erwägung der von uns zur Begründung unseres Schrittes geltend gemachten Rücksichten, entsprechen werde.

Der Einfluß, welchen Preußen in Deutschland zu üben berufen ist und auch wirklich übt, ist groß, um so größer aber auch seine Verantwortlichkeit für das, was es thut oder unterläßt.

Sein Einfluß wird daher wesentlich dazu beitragen, Deutschlands künftige Geschicke, dessen innere Zustände, wie dessen Stellung im europäischen Staatensysteme, zu bestimmen, aber auch zugleich geeignet sein, Preußen einen unvergänglichen Ruhm zu bereiten, wenn es seinen Einfluß zu Deutschlands wahrem Wohle benutzt, oder das strenge Urtheil der Geschichte herauszufordern, wenn es sich, gegen Verhoffen, über die schöne und lohnende Aufgabe täuschen sollte, welche die Vorsehung ihm beschieden hat.

Die Königliche Regierung wolle mit sich ernstlich zu Rathe gehen. Noch liegt die freie Wahl in ihrer Hand, denn noch hat sie nicht ihr letztes Wort gesprochen.

Möge dieses das volle und thatsächliche Festhalten an dem Boden der Verträge verkünden und sonach unser gemeinschaftliches Losungswort werden. Ist aber dies der Fall, dann wird Deutschlands ungetheiltes Vertrauen uns umgeben und die Macht, die wir zu dessen Besten anwenden, verdoppeln.

Ew. Excellenz wollen der königl. Regierung bei Gelegenheit der an dieselbe zu richtenden Einladung Abschrift gegenwärtiger Depesche und ihrer Beilagen überreichen, unter welchen auch die hier angeschlossene Abschrift der bereits für den Grafen v. Thun ausgefertigten Vollmachten gehört.

III. Die kaiserl. österreichische Regierung hat vermittelst einer an den kaiserl. Gesandten am hiesigen Hofe, Freiherrn v. Prokesch-Osten, gerichteten Depesche vom 14ten d. M. die Einladung an die königl. Regierung ergehen lassen, sich an einer auf den 1. Septbr. d. J. anberaumten Wieder-Eröffnung der Bundesversammlung zu betheiligen.

Die erwähnte Depesche, sowie die in Folge derselben an mich gerichtete Note des Freiherrn v. Prokesch-Osten, übersende ich Ew. Hochgeboren abschriftlich in den Anlagen. Derselben lag die Cirkular-Depesche des kaiserl. Cabinets vom 19. Juli, welche erst hierdurch offiziell uns mitgetheilt worden ist, bei, sowie die Protokolle der 3ten und 4ten Sitzung der in Folge der österreichischen Aufforderung vom 26. April d. J. in Frankfurt versammelten Bevollmächtigten. Diese Aktenstücke sind inzwischen schon durch die Zeitungen zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Die jetzige Einladung des kaiserl. Cabinets hat uns zu der ernstesten und gründlichsten Erwägung der ganzen Lage der Dinge, der Bedürfnisse und Interessen Deutschlands und der aus unserer Stellung nach allen Seiten hin entspringenden Verpflichtungen und Rechte veranlassen müssen. Wir haben es uns in jedem Stadium der bisherigen Verhandlungen zur heiligen Pflicht gemacht, immer aufs Neue und unbeirrt durch irgend welche Nebenrücksichten oder Mißdeutungen die Frage in Erwägung zu ziehen, was das dauernde Bedürfniß Deutschlands in dem gegenwärtigen Augenblick von uns verlange, und danach jeden an uns gelangenden Vorschlag ruhig und unbefangen zu prüfen; und wir haben das Ergebniß dieser Prüfung immer offen und mit dem Bewußtsein der vollsten Aufrichtigkeit ausgesprochen. Wir können es daher auch jetzt dem kaiserl. Cabinet nur Dank wissen, daß dasselbe in diesem wichtigen und entscheidenden Moment uns die Gelegenheit darbietet, uns über die gegenwärtige Lage Angesichts Deutschlands frei auszusprechen. Wir sind es ihm und uns selbst schuldig, dies unumwunden zu thun; wir thun es in der aufrichtigsten und freundschaftlichsten Gesinnung und mit der vollen Zuversicht, daß diese Gesinnung auf der andern Seite ebensosehr obwalte und daß die Gemeinschaft dieser Gesinnung nicht nur über die praktischen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks hinweghelfen, wozu durch die letzten Verhandlungen über specielle, praktische Punkte bereits günstige Aussicht dargeboten ist, sondern auch schließlich zu einer Ausgleichung der entgegenstehenden Ansichten führen werde.

Indem Oesterreich die deutschen Regierungen zur Wiedereröffnung des Bundestages einladet, stellt es einmal die Theilnahme an dieser Versammlung als eine Bundespflicht dar und spricht ferner aus, daß es in der Herstellung der Bundesversammlung, als der Rückkehr zu einem durch die bisherigen Vorgänge nur verdunkelten, aber nicht erschütterten Rechtsboden, das einzige Mittel zur Lösung der Verfassungsfrage, welche seit so langer Zeit Deutschland in einer beklagenswerthen Krisis erhalte, erkennen müsse.

Es sind also die beiden Gesichtspunkte des Rechtes und der politischen Nothwendigkeit oder Heilsamkeit, auf welche Oesterreich seine Einladung stützt.

Auch wir haben von beiden Gesichtspunkten aus die Frage erwogen; und wir müssen damit beginnen, offen auszusprechen, daß wir in beider Beziehung zu entgegengesetzten Ergebnissen gekommen sind und daher die von dem Kaiserl. Kabinet gezogenen Folgerungen entschieden ablehnen müssen. Wir werden unsere entgegenstehende Ansicht darlegen.

Der erste Gesichtspunkt mußte für uns überall der des Rechtes sein.

Es hat für uns niemals einem Zweifel unterlegen, daß durch die rechtskräftigen Handlungen der Regierungen im Jahre 1848 die Bundes-Versammlung rechtlich und für immer zu bestehen aufgehört habe. Wir glauben auch nicht, daß zu jener Zeit bei irgend einer der deutschen Regierungen eine andere Ansicht über die Bedeutung ihrer desfalls abgegebenen Erklärungen obgewaltet habe; wenigstens liegt kein Moment vor, welches in irgend einer Beziehung darauf hindeutete oder einen Vorbehalt künftiger Wiederherstellung einschlösse, dagegen aber viele, welche in unzweifelhafter Weise das Entgegengesetzte bekunden. Die Regierungen haben sich durch bindende Staats-Akte darüber ausgesprochen, und wir sind nicht im Stande, diesen eine andere Bedeutung beizulegen, als ihr Wortlaut an der Stirn trägt.

Wir könnten uns in Bezug auf den Rechtspunkt auf unsere früheren Ausführungen einfach zurückbeziehen; wir haben aber in der anliegenden Denkschrift*) unsere rechtliche Ansicht mit Bezug auf die neuerdings versuchten Widerlegungen noch einmal in den wesentlichsten Hauptpunkten aufgestellt, welche wir in der eingehenden Erwägung der Kaiserl. Regierung auf das Dringendste empfehlen.

Es wird dem Kaiserlichen Kabinet hiernach kein Zweifel übrig bleiben, daß wir eine Berechtigung zur Herstellung des Bundestages nicht anerkennen können und daß wir daher auch jede Verpflichtung zur Folgeleistung auf eine Einberufung desselben, selbst wenn diese durch eine Anzahl deutscher Regierungen unterstützt worden, auf das Bestimmteste in Abrede stellen müssen.

Eben so entschieden folgt daraus, daß, wenn eine solche Versammlung in Frankfurt zusammenkommen und die Formen des alten Bundestages annehmen sollte, wir alle dort etwa gefaßten Beschlüsse, ohne Rücksicht auf Majorität oder Minorität des Stimmverhältnisses, lediglich als Uebereinkünfte zwischen einer Anzahl deutscher Regierungen ansehen, ihre Wirksamkeit über diesen Kreis hinaus durchaus abweisen und keinerlei Anwendung derselben auf uns zulassen werden.

Durch die Abwesenheit des früher berechtigten Central-Organs des Bundes ist die Bundesgewalt lediglich an die Gesammtheit der deutschen Staaten zurückgefallen, und keine Anzahl derselben hat das Recht, die anderen in irgend einer Weise zu binden und zu verpflichten. Dies würde dem obersten Grundgesetze des Bundes widersprechen, und gerade weil wir an diesem festhalten, müssen wir im Interesse desselben und im Interesse aller deutschen Staaten auf dieser Erklärung beharren.

Man könnte uns dagegen erwidern, daß dieselben Regierungen, welche am 12. Juli 1848 die Bundes-Versammlung auflösten, sie jetzt nach allseitiger Uebereinkunft wiederherzustellen befugt seien.

Wenn dieses auch der Theorie nach zugegeben ist, so müssen wir darauf erwidern, daß anderweitige Gründe vorhanden sind, welche es für uns und mehrere deutsche Regierungen unmöglich machen, zu einer solchen Uebereinkunft die Hand zu bieten. Wir maßen uns nicht das Recht an, den Standpunkt zu beurtheilen, welchen andere deutsche Regierungen eingenommen haben oder einzunehmen gedenken, wir dürfen aber auf die feierlichen Verheißungen hinweisen, welche von uns in Gemeinschaft mit allen deutschen Regierungen dem deutschen Volke, welche von vielen dieser Regierungen ihren besonderen Angehörigen gegeben worden sind, und wonach die untergegangene Bundes-Verfassung, welche sich als gänzlich unzureichend für die Bedürfnisse der Nation erwiesen, nicht wieder ins Leben treten sollte. Wer wird behaupten wollen, daß diese Verheißungen und feierlichen Erklärungen nicht unter den Gesichtspunkt des Rechtes, sondern nur unter den einer augenblicklichen, durch vorübergegangene Zeitumstände bedingten politischen Nützlichkeit gehörten? Preußen hat sie nicht so verstanden und wird sie niemals so auslegen. Ihm waren es nicht Zugeständnisse, dem Andrange der Revolution gemacht, um sie später zurückzunehmen, sondern die Folgen einer Ueberzeugung, welche es oft und lange vor dem Ausbruche der Revolution ausgesprochen hatte und die es auch jetzt zu verleugnen nicht im Stande ist.

Wir müssen also unsere auf fester rechtlicher Basis gegründete Erklärung dahin abgeben, daß wir die Versammlung in Frankfurt a. M. nicht beschicken können, so lange dieselbe sich als die hergestellte Bundesversammlung ansieht und aus diesem Charakter fließende Ansprüche erhebt.

Wenn wir diese rechtlichen Erwägungen als den wesentlichsten Grund unserer Ablehnung voranstellen müssen, so haben wir uns doch auch einer reiflichen Berücksichtigung des zweiten Gesichtspunktes, der Heilsamkeit und Nützlichkeit des vorgeschlagenen Weges, nicht entziehen wollen.

Auch hier aber können wir die Voraussetzung des Kaiserlichen Kabinets nicht theilen, daß die einstweilige Herstellung der Bundes-Versammlung für die Einigung Deutschlands nützlich, daß sie der geeignete Weg zur Lösung der schwebenden Verfassungsfrage und daher nothwendig sei.

Es kommt vor Allem darauf an, das Ziel klar in's Auge zu fassen, das erreicht werden soll.

Wir müssen nach den bestimmten, auch jetzt wiederholten Erklärungen des Kaiserlichen Kabinets annehmen, daß wir darüber einig seien, daß die frühere Bundes-Verfassung nicht unverändert wieder ins Leben treten könne. Abgesehen von unseren schon vor dem Jahre 1848 gegebenen Erklärungen über eine Nothwendigkeit angemessener Abänderungen derselben, abgesehen von den oben erwähnten Verheißungen und den darauf gestützten Forderungen, wahrlich nicht einer Partei, sondern der ganzen Nation, fordert die Natur der Sache eine Umgestaltung derselben. Wir erinnern nur daran, daß Oesterreich den Eintritt seiner Gesammtmonarchie in den Bundesverband als ein Element der neuen Organisation zur Bedingung gemacht hat; und daß Preußen und mit ihm viele durch das eigene Bedürfniß größerer Kräftigung gedrängte Staaten nicht aufhören können zu fordern: das Prinzip der freien Unirung müsse ebenfalls als ein Element der neuen Bundes-Verfassung anerkannt werden, damit aller Zweifel wegfalle, ob es denjenigen Staaten, welche es bedürfen, bundesmäßig unverwehrt bleibe, sich zu engerer Verbindung zu vereinigen, danach ihre Stellung im Bunde selbst geltend zu machen und ihr Verhältniß zu den übrigen Staaten in Uebereinstimmung mit der Gesammt-Verfassung und den gemeinsamen Bundespflichten zu regeln.

Wir nehmen daher auch unbedenklich die Erklärung Oesterreichs an, daß es nicht beabsichtige, die frühere Bundes-Verfassung dauernd herzustellen, sondern nur zunächst auf dieselbe als einen früheren Rechtsboden einstweilen zurückzukehren, um durch diesen dann zu einer Umgestaltung zu gelangen.

Aber wir müssen fragen: ob die einstweilige Herstellung des Alten wirklich der Weg sei, um zu diesem angestrebten Ziele zu gelangen?

Wir dürfen unsere Ueberzeugung nicht verhehlen, daß dies nicht der Weg sei, daß auf demselben vielmehr das erwünschte Ziel, den Absichten der kaiserl. österr. Regierung selbst zuwider, weiter als je hinausgerückt werde; und schon darum allein müssen wir Bedenken tragen, auf einen Weg einzugehen, welcher uns in die Unmöglichkeit versetzen könnte, ein gegebenes Wort zu lösen.

Nach der früheren Bundes-Verfassung ist jede Verfassungs-Veränderung an Einstimmigkeit gebunden; jede einzelne Stimme kann dieselbe verhindern. Wenn die Einstimmigkeit über das Neue nicht zu erreichen ist, so bleibt rechtlich das bestehende Alte in voller Wirksamkeit. Will die Kaiserliche Regierung sich einem solchen Resultate aussetzen? Kein Grund besteht, daß jene Befugniß des Widerspruchs nicht in der selbstsüchtigsten Weise ausgeübt werde; ja, wir können es nur mit Schmerz aussprechen, aber wir dürfen uns nicht scheuen, es auszusprechen, daß die Erfahrung gezeigt hat, wie an jener Befugniß, deren vertragsmäßige Berechtigung wir am wenigsten leugnen wollen, die wohlthätigsten Einrichtungen gescheitert sind. Dürfen wir es uns verhehlen, daß in manchen Kreisen die Neigung auf die reine Wiederherstellung und Festhaltung der früheren Zustände und Formen gerichtet ist? Sollen wir es für unmöglich erklären, daß dergleichen Bestrebungen auch auf einem wiederhergestellten Bundestage sich geltend machen würden? Was soll alsdann geschehen? Zwang gegen die Widerstrebenden würde die Kaiserliche Regierung so wenig ausüben wollen, als wir selber. Und wenn kein Zwang denkbar ist, würde es alsdann nicht die natürliche Folge sein, daß das temporär wiederhergestellte Alte, eben jene früheren Zustände und Formen, welche das Kaiserliche Kabinet nicht will, nun auch dauernd verbleiben müßten? Daß unter dem Schein hergestellter politischer Ordnung, die den wahren Bedürfnissen und Zuständen doch noch weniger als früher entspräche, Deutschland in einer fortwährenden, stillen, nur schwach verdeckten, inneren Zerrüttung und Lähmung bliebe? Daß an die Stelle einer gedeihlichen und heilsamen Entwickelung eine fortwährende innere Auflösung träte, welche zugleich eine traurige Schwäche nach außen bedingte und der stillen Unterwühlung der Revolution einen noch viel willkommneren und bereiteren Boden darböte, als es erfahrungsmäßig schon unter den früheren Zuständen der Fall war? —

Wenn Preußen jetzt zu der einstweiligen Herstellung des alten Bundestags die Hand böte, so würde es sich im Voraus verpflichten, eventuell ein solches Fortbestehen des Alten, das vorerst wieder im Leben dastände, auch mit seinen Kräften aufrecht zu erhalten.

Wir sagen offen mit der Kaiserlichen Regierung, daß wir das unveränderte Alte nicht wollen, es unter keinen Umständen und keiner Bedingung wollen; und eben darum dürfen wir uns nicht in die Lage versetzen, zu der Erhaltung desselben durch den motivirten oder unmotivirten Widerspruch irgend eines Einzelnen gezwungen werden zu können und unser Wort auch bei dem besten Willen nicht einzulösen. Wir wollen eine heilsame, ausreichende Umgestaltung, darum dürfen wir uns nicht im Voraus an die als unzureichend und zu keiner Zeit als heilsam erprobten Formen binden.

Ganz anders dagegen stellen sich die Verhältnisse, wenn die Ordnung der Verfassungs-Angelegenheit der freien Vereinbarung der deutschen Regierungen vorbehalten bleibt.

Daß auch dort Einstimmigkeit zu einer für Alle bindenden Beschlußfassung erforderlich ist, und eben so sehr jeder Zwang ausgeschlossen bleibt, bedarf keiner Bemerkung. Es ist aber nicht der mindeste Grund vorhanden, warum nicht die in beiden Fällen erforderliche Einstimmigkeit eben so gut in einer solchen freien Konferenz, als innerhalb der Formen des Bundestages erreicht werden sollte. Welche größere Schwierigkeiten also dieser Weg für die Erreichung des gemeinsam gewünschten Zieles darbieten sollte, ist nicht abzusehen. Jede nähere Betrachtung zeigt hingegen, daß hierbei das Bedürfniß der Einigung um so mehr empfunden werden und sich geltend machen muß, weil eigennützige Bestrebungen sich alsdann nicht mehr hinter dem Vorwand des Festhaltens am alten Recht und einer scheinbaren Ordnung zurückziehen und geltend machen könnten. Wer dann, seinen partikularistischen Zwecken folgend, sich der Einigung widersetzt, der weiß, daß ihn allein die Schuld trifft, wenn die jetzige Krisis der Neugestaltung Deutschlands fortdauert, und wird die Folgen bedenken. Es kommt ferner dazu, daß bei einer solchen freien Vereinbarung der einzelne Dissens in Fällen äußerster Nothwendigkeit die anderen Regierungen nicht hindern würde, sich, ohne die dissentirenden mit zu verpflichten, auf den ihnen dienlich erscheinenden Grundlagen zu einigen. Den dissentirenden Regierungen würde in einem solchen Falle der spätere Zutritt offen gehalten werden; bekanntlich hat bei dem Abschluß der Bundesakte derselbe Fall bereits stattgefunden. Die Kaiserliche Regierung wird daher in dem von uns vorgeschlagenen Wege die sichere Bürgschaft für die Erreichung des von ihr selbst hingestellten Zieles einer wirklichen Neugestaltung der Bundes-Verfassung auf zeitgemäßer Grundlage finden. Je aufrichtiger wir wünschen, die beiden durch die alten Bundes-Verträge sanctionirten Principe der bundesmäßigen Verpflichtung und der freien Selbstständigkeit der einzelnen Regierungen aufrecht zu erhalten, um so mehr müssen wir uns überzeugen, daß die Ausgleichung derselben allein auf dem Wege freier Vereinbarung zu finden sei.

Dies ist daher der einzige Weg, den wir als wahrhaft heilsam und zum Ziele führend anzuerkennen vermögen, wenn man weder zu den früheren Zuständen und Formen zurückkehren, noch eine Neugestaltung den etwa Widerstrebenden mit Gewalt auferlegen will.

Wir können keinen anderen Weg gehen. — Oesterreich hat uns in ernsten und würdigen Worten, deren volles Gewicht wir anerkennen, und in denen wir gern die Fortdauer einer lange glücklich bewahrten Freundschaft erkennen, aufgefordert, die Wichtigkeit des Augenblickes und die aus unserer Stellung in Deutschland entspringenden Pflichten zu erwägen. Wir haben durch die offene Darlegung unserer Ueberzeugung den besten Beweis gegeben, wie ernst und redlich wir es mit diesen Pflichten nehmen.

Wir halten fest an dem Boden des wahren Rechts; und wir hoffen, auf diesem Boden, wie auch sonst die Ansichten auseinandergehen mögen, uns zuletzt immer mit Oesterreich zu begegnen. Mit dem Rechte ist das Heil Deutschlands unzertrennlich verbunden; und unser letztes Wort wird in allen gemeinsamen Angelegenheiten immer nur die Pflicht gegen Deutschland sein. Ob wir diese Pflicht erfüllt, darüber möge Deutschland, möge die Geschichte richten.

Ew. ꝛc. wollen den Entschluß der Königlichen Regierung, unter Mittheilung einer Abschrift dieser Depesche und der zugehörigen Denkschrift, in amtlicher Weise dem Kaiserlichen Kabinet anzeigen. Berlin, den 25. August 1850. (gez.) von Schleinitz. An den Königlichen Gesandten ꝛc. Herrn Grafen von Bernstorff Hochgeboren. Wien.

— Man will jetzt hier mit Bestimmtheit wissen, daß das Wiener Cabinet in einer vor Kurzem hier eingetroffenen Note den preußischen Vorschlag wegen Abhaltung freier Conferenzen in der deutschen Verfassungsfrage abgelehnt habe.

— Die Constitutionelle Correspondenz schreibt: Da laut telegraphischer Meldung der „reaktivirte" Bundestag gestern zu Frankfurt a. M. eröffnet worden, so wird es dienlich sein, zu bemerken, daß in Folge Beschlusses des provisorischen Fürstenkollegiums in dessen Sitzung vom 26. v. M. sämmtliche Unionsregierungen ihre ablehnende Antwort auf die österreichische Einladung zur Theilnahme an dem beabsichtigten Bundestage dergestalt haben ergehen lassen, daß die Mittheilung hierüber im Fürstenkollegium vor Ablauf der ersten Woche d. M. erfolgen kann.

— Ueber die Vorbereitung eines den Kammern vorzulegenden Gesetzentwurfs, betreffend die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes, können wir, sagt die Constitutionelle Correspondenz, Folgendes mittheilen: Nachdem die Grundlagen des Entwurfs in dem Justizministerium berathen worden, sind dieselben, unter Zuziehung von Commissarien der Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und des Innern, weiter erörtert worden. Hiernächst hat der Referent im Justiz-Ministerium (Geheimer Rath Bischof) den vorläufigen Entwurf ausgearbeitet, welcher den ferne-

---

*) N. Preuß. Ztg. Nr. 177.
**) N. Preuß. Ztg. Nr. 193.

*) Wir lassen dieselbe morgen folgen.

ren Berathungen der Ministerien über diesen wichtigen Gegenstand zum Grunde gelegt werden soll. Dieser Entwurf geht davon aus, daß den Geistlichen derjenigen Religionsgesellschaften, welche bisher berechtigt waren, die Akte des Personenstandes mit bürgerlicher Wirkung zu beurkunden, dieses Recht verbleiben, daß aber außerdem die bürgerliche Beglaubigung jener Akte für die Dissidenten und für die Fälle der Weigerung von Seiten der Geistlichen der berechtigten Religionsgesellschaften geregelt werden soll. Der Geheime Revisions-Rath von Daniels hat auf Veranlassung des Justizministers eine deutsche Bearbeitung der [illegible]lischen Gesetze über die Registration der Geburts-, Heiraths- und Sterbe-Urkunden geliefert, auch ist ihm der vorläufig aufgestellte Entwurf zur Begutachtung mitgetheilt worden.

— Der umgearbeitete Strafgesetzentwurf wird demnächst Seitens des Justiz-Ministeriums dem Staats-Ministerium zur Berathung vorgelegt werden.

— Der Verein der „Freunde der Union der protestantischen Confessionen" hat den Beschluß gefaßt sich von dem Berliner Missionsvereine loszusagen und sich dem „Norddeutschen Missionsvereine" anzuschließen.

— (C. C.) Seitens des hiesigen Polizei-Präsidiums sind, wie wir hören, in der letzten Zeit einige sehr wichtige Anträge bei dem Ministerium des Innern eingebracht worden. Der eine derselben bezieht sich auf die definitive Organisation der Schutzmannschaft, wodurch die Wirksamkeit und das Gedeihen dieses, bei der jetzigen Ausdehnung der Hauptstadt unentbehrlichen Instituts wesentlich bedingt ist. Der andere Antrag betrifft das Feuerlöschwesen Berlins, für dessen zweckmäßige und zugleich weniger kostspielige Einrichtung ein auf die Combination des Feuerlösch-, Nachtwacht- und Straßen-Reinigungsdienstes gegründeter Plan entworfen ist. Zunächst schweben über diese Angelegenheit noch Verhandlungen mit dem Magistrat ob, deren Erledigung jedoch in nächster Zeit zu erwarten steht.

— Das neueste Amtsblatt des k. Post-Departements enthält u. A. eine Verordnung über die Behandlung solcher Briefe, welche auf Eisenbahn-Routen ohne Speditions-Büreau den Eisenbahn-Post-Conducteuren auf Unterwegs-Stationen einzeln zur Beförderung übergeben werden, woraus hervorgeht, daß der Eisenbahn-Post-Conducteur nur gewöhnliche unfrankirte Briefe, nach Einführung der Frankirungsmarken aber auch Briefe, welche mit solchen Marken frankirt sind, zur Beförderung annehmen darf.

— Die Wahlen für den hiesigen Gemeinderath haben für die dritte Abtheilung folgendes Resultat ergeben. Es sind gewählt worden:

Im 1. Wahlbezirk Herr Riese, Destillateur, Neue Friedrichsstraße 42.
„ 2. „ „ Glaue, Fabrikant, Klosterstr. 68.
„ 3. „ „ Prätorius, C., Kommerzien-Rath, Königsstr. 69.
„ 4. „ „ Mühlberg, Kaufmann, Neue Friedrichsstr. 27.
„ 5. „ „ Bröcker, Kaufmann und Stadtrath, Scharrnstr. 9a.
„ 6. „ „ Siegling, Kfm., Niederwallstr. 4.
„ 7. „ „ Seidel, Amtmann, Friedrichsstr. 98.
„ 8. „ „ Gabrielly, Fabrikbesitzer, Behrenstraße 32.
„ 9. „ „ Reiß, Hof-Juwelier, Mohrenstr. 36.
„ 10. „ „ Reimer, Buchhändler, Wilhelmsstraße 73.
„ 11. „ „ Asche, Kaufmann, Leipzigerstr. 47.
„ 12. „ „ Hayn, Buchdruckereibesitzer, Zimmerstraße 29.
„ 13. „ „ Blancke, Zimmermeister, Leipzigerstraße 110.
„ 14. „ „ Fournier, Eisenbahndir., Askan. Platz 6.
„ 15. „ „ Schickedanz, Kfm., Leipzigerstr. 23.
„ 16. „ „ Devaranne, Fabrikbesitzer, Zimmerstr. 91.
„ 17. „ „ Kühne, Gipsfabrikant, Lindenstr. 63.
„ 18. „ „ Höpke, Destillateur, Kochstr. 53.
„ 19. „ „ Kaumann, Apotheker, Alexandrinenstr. 41.
„ 20. „ „ Fähndrich, Stadtverordn., Wallstraße 16.
„ 21. „ „ Vollgold, Franz, Kaufm., Kommandantenstr. 14.
„ 22. „ „ Sonnemann, Kaufm., Alte Jakobsstr. 79.
„ 23. „ „ Lehnert, Geh. Reg.-Rath, Louisenstraße 24.
„ 24. „ „ Faust, Stadtrath, Friedrichsstr. 112.
„ 25. „ „ Marggraff, Schulvorsteher, Sophienstr. 12.
„ 26. „ „ Schondorff, Kaufm., Rosenthalerstraße 40.
„ 27. „ „ Hampel, Rathszimmermstr., Grenadierstr. 5.
„ 28. „ „ Walter, Stadtverordn., Linienstr. 34.
„ 29. „ „ Peck, Bezirksvorsteher, Elisabethstr. 25.
„ 30. „ „ Herms, Bäckermstr., Neue Königsstraße 31.
„ 31. „ „ Höne, Tischlermstr., Waßmannsstr. 30.
„ 32. „ „ Elster, Stadtverordn., Gr. Frankfurterstraße 124.
„ 33. „ „ Danneel, Stadtverordneter, Lange Gasse 13/15.
„ 34. „ „ Rietz, Baurath, Chausseestr. 29.

Unter den Genannten gehört die große Mehrzahl der conservativen Partei an. Möge dies Resultat die Wähler der ersten und zweiten Abtheilungen zu gleicher Energie antreiben.

— Am letztvergangenen Montage haben im Ministerium der Unterrichts-Angelegenheiten auf Grund der von den Regierungen und sonstigen betreffenden Behörden eingegangenen Gutachten die erneuerten Berathungen über das Unterrichtsgesetz begonnen.

— (Cholera.) Vom 2. zum 3. Mittags wurden 35 neue Erkrankungs- und 8 Todesfälle angemeldet. Im Ganzen sind erkrankt 635 Personen; davon sind genesen 143, gestorben 321, in Behandlung verblieben 171 Personen.

— (Städtisches.) Wir theilen nachfolgend den Wortlaut des schon erwähnten Schreibens mit, welches der Magistrat an die 1[illegible] ausgeschlossenen Stadtverordneten gesandt hat: „Ew. Wohlgeboren haben wiederholentlich sich einer Störung der Ordnung schuldig gemacht, welche die regelmäßige Erledigung der Geschäfte der Stadtverordneten-Versammlung unerläßlich forderte. Diese letztere, in richtiger Würdigung Ihres Verhaltens, durch welches in Gemeinschaft mit andern Stadtverordneten deren Versammlung am 15. d. M. beschlußunfähig gemacht worden, und ferner in Erwägung der ihr schuldigen, aber nicht bewiesenen Achtung hat in ihrer Sitzung vom 27. d. M. gegen Sie auf den Grund des §. 131. der Städteordnung für die Dauer der Wirksamkeit der jetzigen Stadtverordneten-Versammlung die Exclusion ausgesprochen. — Wir haben diesen Beschluß bestätigt und geben Ihnen von demselben mit dem Bemerken Kenntniß, daß in Folge desselben auch Ihre Thätigkeit in denjenigen Verwaltungs- und anderen Deputationen aufhört, in welche Sie von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt worden. — Wir veranlassen Sie aber auch zugleich, uns die früher Ihnen zugefertigte Bestallung und dem Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung das erhaltene Amtszeichen binnen 14 Tagen zurückzureichen. Berlin, den 29. August 1850. Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt. (gez.) Naunyn. — An den bisherigen Stadtv. Herrn N. N. Wohlgeboren."

†† **Königsberg**, 2. September. (Lokales.) Einem Kaufmann in Memel ist es gelungen die dortigen Verbreiter der falschen Fünf-Thaler-Darlehnsscheine anzuhalten und die Memeler Polizei hat auf einen sogenannten Reisekahn die Platten, welche zur Anfertigung dieser Dahrlehnsscheine dienten, in Beschlag genommen. Der Verfertiger derselben ist ein Graveur und Lithograph, der sich auf flüchtigem Fuße befindet. Vorgestern fand hier eine General-Versammlung des hiesigen Guttenbergs-Vereins statt, die aber von der Polizei aufgelöst wurde. —

A **Breslau**, 2. September. (Handwerkertag.) Der vom Directorium des „Central-Handwerkervereins für Schlesien" zum 31. August ausgeschriebene schlesische Handwerkertag war nur spärlich besucht. Der Verein organisirte sich als „Verein schlesischer Handwerker in Breslau", und wird ferner jährlich eine Hauptversammlung in Breslau und vierteljährlich eine Bezirks-Versammlung in der Provinz abhalten. Er „schließt jede politische Tendenz aus und hat lediglich die Interessen des Handwerkerstandes mit Berücksichtigung allgemein gewerblicher Grundsätze und Zustände im Auge. Eben so fern steht er den socialen Bestrebungen, insofern sich solche auf etwas Anderes als auf die Ausbildung, Vervollkommnung und Kräftigung corporativer Innungs-Verbände beziehen." Dieser Fortschritt in der Selbstbeschränkung wird dem Verein die Anerkennung der radicalen Presse und somit für's Erste den Zutritt manches zählenden — wenn auch nicht zahlenden — Mitgliedes rauben; für seine innere Kräftigung und das allmälige Heranziehen der besseren Elemente kann die Aufstellung und das Festhalten solcher Grundsätze nur hoffnungsreich sein.

§ **Aus Niederschlesien**, 2. September. (Zur „Union.") Die Agitation für die Union wird, nachdem sich die Zeitungsdiatriben zum Fortschieben unwirksam erwiesen, nunmehr in die Praxis, in die Gemeinden geworfen. In Liegnitz soll bereits eine Adresse an Se. Majestät beschlossen sein, in der das treue Festhalten der Unterzeichner an der Union ausgesprochen wird, und die „Schlesische Zeitung" wünscht derselben vielseitige Nachahmung. Solche Ergießungen würden, fügt sie ermuthigend hinzu, „dem Herzen des Königs wohlthun," zum deutlichen Beweise, daß es mit ihrer Versicherung, „die allgemeine Stimmung unserer Provinz sei für die Union", doch kein recht sicherer Ernst ist. Soll man nicht endlich mit der nackten Wahrheit herausgehen? Kein halbwegs besonnener Mann verhehlt sich länger, daß die Union, früher oder später, an derselben Klippe wie die Frankfurter Nationalversammlung scheitern müßte, an der Ausdehnung, in welcher sie die Heppenheimer Erfindung des deutschen Parlaments in ihrer Verfassungs-Urkunde acceptirt hat, an einer politischen Unmöglichkeit, deren bloßer Versuch Deutschland, den Einzelparlamenten und dem Auslande gegenüber, in unabsehbare Wirren stürzen und jeglichem auswärtigen Einflusse, gleich dem polnischen Reichstage, Thor und Thür öffnen würde. Aber was kümmert das unsern Landboten? Was sollte aus der Ordnung der Staaten werden, wenn die Zeitungsschreiber und Professoren wieder, wie vor anno 1848, an ihre Redactionsbureaux und Katheder gekettet bleiben sollten?

Magdeburg, den 2ten September. (M. C.) [Pionier-Manöver]. Seit mehreren Tagen führt die 3. Pionier-Abtheilung in Verbindung mit einer von Erfurt eingetroffenen Compagnie der 2. Pionier-Abtheilung ausgedehnte Belagerungs-Uebungen hier bei Magdeburg aus. Am 24. v. M. Abends wurde mit Hinzuziehung der disponiblen Infanterie unserer Garnison die erste Parallele gegen einige Linien der Thurmschanze eröffnet, und am 26. v. M. Abends zum Bau der zweiten Parallele übergegangen. Im Laufe der letzten Tage ist mit der Sappe gegen das Glacis vorgeschritten und wird im Anfange dieser Woche die 3. Parallele beendet sein. An mehreren Abenden bemühte sich die Besatzung der angegriffenen Werke das Forschreiten dieser Arbeiten durch Ausfälle aufzuhalten, denen aber die Transcheewachen entgegentraten. Wie wir hören, sind aus dem gedeckten Wege Minengallerien vorgetrieben und wird der Belagerer hierdurch in den beschwerlichen Minenkrieg verwickelt werden. Es sollen diese Uebungen mit einigen Unterbrechungen bis gegen das Ende dieses Monats dauern, und wird an denselben auch das herzogl. Bernburgische Füsilier-Bataillon Theil nehmen.

Halle, den 2. September. (N. H. Z.) [Arbeiter-Verein.] Seit dem Jahre 1848 bestand hier in Halle neben anderen Vereinen auch ein sogenannter „Arbeiter-Verein", welcher sich angeblich insonderheit die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder angelegen sein ließ und sich scheinbar mit der Politik wenig oder gar nicht befaßte. Trotzdem wurde derselbe schon längst von vielen Seiten mit mißtrauischen Blicken angesehen, wozu eines Theils der Umstand Veranlassung gab, daß der Verein von demokratischer Seite ins Leben gerufen war, und bis jetzt meist exaltirte, notorische Demokraten an der Spitze standen, andern Theils sich auch viele Mitglieder desselben öffentlich als rothe Demokraten dokumentirten, indem sie sogenannte Dolchkokarden trugen, welche zu tragen z. B. in Berlin von der Polizei nicht geduldet wurde. Daß dieses Mißtrauen nun nicht so ganz unbegründet gewesen ist, geht daraus hervor, daß auch die Polizei sich endlich veranlaßt gefunden hat, gegen den genannten Verein einzuschreiten und eine Beschlagnahme der Papiere desselben zu bewerkstelligen. Ob diese Maßregel mit den Beschlagnahmen und Haussuchungen im Zusammenhange steht, welche in neuester Zeit bei verschiedenen Führern der demokratischen Partei in Mecklenburg stattgefunden und wodurch das Vorhandensein einer Conspiration zum Zweck des Umsturzes aller in Deutschland bestehenden Regierungen ans Tageslicht gekommen ist, vermögen wir nicht anzugeben, doch erzählt man, daß auch hier mehrfache Correspondenzen mit andern Vereinen vorgefunden seien.

Wien, 1. September. Von dem Statut zur Organisirung Galiziens erfährt man, daß Galizien keinen Landtag erhalten soll, sondern nur eine Kreisrepräsentation, deren Kreistage in Krakau, Lemberg und Jaroslaw stattfinden sollen. Wenn sich dieses bestätigt, so würde von dem §. 70 der Verfassung abgewichen werden, welcher allen Kronländern ihre eigenen Landtage zusichert.

Die D. Z. a. B. enthält die wichtige Nachricht, daß der Finanz-Minister damit umgehe, in Kurzem den Staat von einem großen Theile seiner Verpflichtungen gegen die Bank zu befreien.

In Triest überraschte es sehr, daß die am zahlreichsten vertretenen Wahlen des vierten Wahlkörpers zu Gunsten der sogenannten italienischen Partei ausgefallen sind, während doch die Interessen Triests in getrenntem Verhältniß zu denen jener Partei stehen. So viel geht daraus vor, daß die Partei der Bewegung ihrem Namen auch zu entsprechen trachtet, denn sie regt sich, während die Konservativen sich dem Fanatismus der Ruhe hingeben.

(Zeitungen und Briefe aus Wien vom 2. September sind heute in Berlin nicht angekommen.)

Prag, 1. September. Im Laufe der jüngst verflossenen Woche haben in der Nähe von Prag großartige militairische Uebungen stattgehabt. Es waren zu diesem Zwecke einige Batterien von dem böhmischen Observationscorps hierher gekommen. Morgen kehren diese Batterien wieder nach ihrem alten Standorte zurück. In Betreff der vom Kaiser über das böhmische Armeecorps abzuhaltenden Revue erfahre ich aus zuverlässiger Quelle, daß sie in der zweiten Hälfte dieses Monats stattfinden wird, und zwar in Gegenwart von mehreren Prinzen, namentlich den Prinzen von Sachsen.

Stuttgart, 31. August. (Regierung und Stände.) Der Notenwechsel zwischen Regierung und Ständeausschuß tritt in ein neues Stadium: die Regierung will solche Noten nicht mehr annehmen. „Wir haben — schließt ein Rescript des Gesammtministeriums — Unser Gesammtministerium beauftragt, die von euch oder der Landesversammlung an dasselbe abgegebenen Schriftsätze, wenn sie nicht in der Form einer an Uns gerichteten Eingabe verfaßt sind, als formwidrig zurückzuweisen." Der ständische Ausschuß hat in dieser Formfrage sich ohne Weiteres bescheiden lassen, sofort aber, in der neuen Form, eine neue Eingabe gemacht, in welcher er zuvörderst constatirt, daß die Regierung in den ganzen Unterhandlungen in der deutschen Verfassungsfrage „gegen die entscheidenden Verwahrungen der Landesvertretung, unter steter Vorenthaltung der Thatsache der Landesversammlung und ihrem Ausschusse gegenüber, vorgeschritten sei und Alles gethan habe, was von ihrer Seite zur Wiederausübung der Funktionen des weiteren und zur Wiedereinberufung des engeren Raths der Bundesversammlung geschehen konnte." Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Regierung dieses neue Schreiben, welches ohnehin auf eine sofortige Austragung der Sache verzichtet, einfach auf sich beruhen lassen und damit einstweilen den Frieden wahren, wenn man diesen Zustand Frieden nennen kann.

*) **Karlsruhe**, 1. September. Die Karlsruher Zeitung bringt die sehr ausführliche Antwortnote des badischen Cabinets auf die österr. Circulardepesche vom 21. Juli, betreffend die preußisch-badische Militairconvention und die Verlegung der badischen Truppen. Die Note enthält eine spezielle Rechtfertigung der Convention und der Truppenverlegung.

Im ganzen Großherzogthum ist der Geburtstag Sr. Königl. Hoh. des Großherzogs am 29. d. M. unter der wärmsten Theilnahme der Bevölkerungen gefeiert worden. Ueberall, wo im Lande sich preußische Garnisonen befinden, betheiligten sich auch diese mit großer Zuvorkommenheit an der Feier.

Karlsruhe, 1. September. Von der Regierung des Unterrheinkreises ist die sogenannte Arbeiterverbrüderung und die daneben bestehende Association der Cigarrenarbeiter verboten worden.

Bruchsal, 31. August. Se. k. Hoh. der Großherzog hat 60 in den hiesigen Zuchthäusern sitzende politische Gefangene amnestirt. Sie wurden sogleich in ihre Heimath entlassen. — Die verwittwete Herzogin von Nassau ist in Baden eingetroffen.

§§ **Frankfurt a. M.**, 1. Sept. [Personal-Nachrichten. Messe. Notizen.] Der diesseitige Bevollmächtigte bei den Kasseler Zollconferenzen, Senator Köster, ist vorgestern Abend hier eingetroffen, wird jedoch, wie ich höre, nur einige Tage hier verweilen, um sodann wieder zur Erfüllung seiner Mission nach jener Hauptstadt zurückzukehren. — Die Gemahlin und Familie des Kurfürsten von Hessen sind gestern von Kassel zurück wiederum in der Sommerresidenz Philippsruhe angekommen. Se. K. Hoh. der Kurfürst dagegen verweilt noch auf dem Schlosse Wilhelmshöhe. — Der Hr. Graf v. Chambord traf gestern Vormittag um 9 Uhr in Begleitung des Herzogs v. Levis und der Herren Pastoret und Berryer auf der Taunusbahn hier ein u. setzte nach kurzem Verweilen seine Reise auf der Main-Neckar-Eisenbahn fort. Die vorgenannten Begleiter des Grafen legten einen kurzen Besuch bei einem ihnen befreundeten französischen Künstler ab, der Graf selbst aber kam gar nicht zur Stadt und wird sich, den Aeußerungen seiner Begleiter zufolge, sofort nach Baden-Baden begeben. — König Ludwig von Baiern, der bekanntlich in Aschaffenburg verweilt, hat auch unserer Stadt einen Besuch von dort aus zugesagt. Derselbe gilt jedoch ausschließlich dem Städelschen Museum, für dessen Rechnung kürzlich mehrere Kunstwerke im Haag angekauft wurden, unter denen die Handzeichnungen Raphaels die erste Stelle einnehmen. — Die zu Bockenheim und andern kurhessischen Ortschaften der Umgegend einquartierten Preußen [illegible] haben auch für Ablauf August [illegible] den dortigen Quartiergebern zustehende Vergütung pünktlich bezahlt. Diese strenge Einhaltung eingegangener Verpflichtungen ist um so bemerkenswerther, als zu Frankfurt die für die baierischen Einquartierungen des Jahres 18[illegible] ständigen Vergütungen bis heute noch nicht berichtigt sind. — 3 Frankfurter Bürgerssöhne, welche kürzlich die bischöfliche Priesterweihe empfangen hatten, lasen heute im katholischen Dom gleichzeitig an verschiedenen Altären ihre erste Messe unter Assistenz von 15 Geistlichen der Stadt und der Nachbarschaft. Diese Feierlichkeit hatte so viele Gläubige herbeigezogen, daß der weite Raum des christlichen Tempels sie nicht alle zu fassen vermochte. — Unsre Herbst-Messe hat unter recht günstigen Aussichten um die Mitte der vorigen Woche ihren Anfang genommen. In Seidenwaaren, Winterstoffen und Nürnberger Spielwaaren besonders sind so belangreiche Geschäfte gemacht worden, daß manche Fabrikanten bereits ihre mit diesen Waaren reich versehenen Lager vollkommen geräumt haben. Die Ledermesse beginnt mit nächstkünftigem Mittwoch.

Frankfurt a. M., Dienstag, den 3. Septbr. (Tel. Corr.-Bur.) **Dänemark beantragt bei der Bundes-Versammlung die Ratification des Friedensvertrages.**

Kassel, 2. September. [Auflösung der Ständeversammlung.] Die auf heute Morgen 8 Uhr berufene Ständeversammlung wurde vom Präsidenten nur eröffnet, um folgendes vom Landtagskommissär verlesene, die Auflösung der gegenwärtigen Versammlung betreffende Aktenstück zu vernehmen:

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm der Iste, Kurfürst und souveräner Landgraf von Hessen, Großherzog von Fulda, Fürst zu Hersfeld, Hanau, Fritzlar und Isenburg, Graf zu Katzenelnbogen, Diez, Ziegenhain, Nidda und Schaumburg rc., finden Uns, nach Anhörung Unseres Gesammt-Staatsministeriums und in Gemäßheit des §. 83. der Verfassungs-Urkunde bewogen, Folgendes zu verordnen: §. 1. Die gegenwärtige Ständeversammlung wird hierdurch aufgelöset und von dem Augenblick der Verkündigung dieser Verordnung hört die Wirksamkeit derselben auf. §. 2. Es wird die Wahl neuer Stände verordnet, deren Einberufung binnen der nächsten sechs Monate von heute an erfolgen soll, und es wird deshalb, von Unserem Ministerium des Inneren in Gemäßheit des §. 81. der Verfassungs-Urkunde, das Nöthige zeitig erlassen werden. Alle, welche es angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten. — Urkundlich Unserer allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels gegeben zu Kassel am 1. September 1850. Friedrich Wilhelm. Hassenpflug. Lometsch. Haynau. Baumbach.

Nachdem hiermit die Ständeversammlung für geschlossen erklärt war, trennte sich die Versammlung mit einem Hoch auf die Landesverfassung.

Dresden, 2. September. (Finanzzustand.) Ehe heute in der ersten Kammer zur Tagesordnung übergegangen wurde, ergriff der Staatsminister Behr das Wort, um aus Anlaß eines ins Neue Dresdner Journal übergegangenen Artikels der Kölnischen Zeitung, demzufolge die sächsische Regierung einige vergebliche Versuche gemacht habe, Anleihen zu contrahiren, eine Erklärung über diese Angelegenheit abzugeben. Er sprach sich dahin aus, daß die Regierung von dem Augenblick an, wo den letzten Kammern bei Gelegenheit des Decrets über die zu ergreifenden financiellen Maßregeln eine ausführliche Mittheilung über die Finanzzustände des Landes gemacht worden, nirgend eine Anleihe aufgenommen, mit Ausnahme der freiwillig angebotenen Handdahrlehne, zu deren Annahme sie durch die Kammern ermächtigt ist, und ebensowenig im In- oder Auslande eine Anleihe zu negociren gesucht und darauf abschlägige Antwort erhalten habe. Im Gegentheil seien der Regierung mehrfache Anerbietungen gemacht worden, in Folge deren die ganze Anleihe als schon gedeckt erscheinen könne. Um übrigens alle deßfalls ausgestreuten Gerüchte zu widerlegen, erkläre er im Namen des Ministeriums, daß es einer öffentlichen Verhandlung der Kammern über die finanziellen Maßregeln nicht entgegen sei.

△ **Dresden**, 3. September. (Constitutionsfeier.) Die Feier des morgenden Tages, als des Jahrestages der Verfassungsverleihung vom Jahre 1831, wird sehr einfach und still vorübergehen. Dieselbe wird sich nämlich ausschließlich darauf beschränken, daß die Mitglieder beider Kammern der Ständeversammlung sich mit den Ministern im Hotel zur Stadt Wien zu einem gemeinschaftlichen Mittagsmahle vereinigen.

Hannover, 1. September. Es müssen bei der letzten „Ministerkrisis" in Hannover seltsame Dinge vorgegangen sein. Die Zeitungen kommen immer von Neuem mit geheimnißvollen Andeutungen darauf zurück. So schreibt die Nied. S. Ztg. wieder: Es ist recht sehr zu wünschen, daß der König keine neue, von den Ministern gemachte Krisis sich gefallen lasse, damit die Minister nicht in den unglücklichen Wahn verfallen, es sei unmöglich, ein anderes Ministerium zu bilden. Was uns betrifft, so werden wir jedes andere Ministerium aus irgend einer der vorhandenen politischen Schattirungen, heiße es auch Lang-Rumann, wenn es nur ein einigermaßen mäßiges Regiment verspricht, den fortgesetzten, auf den Ruin der Krone hinzielenden Ministerkrisen und dem drückenden Hochmuth, der sich an eine Idee der Unentbehrlichkeit und absoluten Nothwendigkeit knüpfen würde, vorziehen. Ein absolutes Königthum soll nicht sein. Ein absolut herrschendes Ministerium ist aber weit gefährlicher und gehässiger.

Bückeburg, 31. August. Unsere officiellen „Anzeigen" enthalten folgende „höhere Bekanntmachung": Se. Durchlaucht, unser gnädigst regierender Fürst und Herr haben geruht, den Cabinetsrath Strauß zu Höchst Ihrem Gesandten bei dem am 1. k. M. zu Frankfurt a. M. wieder zusammentretenden Bundestage, und zum Geheimen Cabinetsrath zu ernennen, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Bückeburg, den 27. August 1850. Fürstlich Schaumburg-Lippesche Regierung. v. Lauer.

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 4. September 1850.

—† **Fremdenverkehr. Hotel des Princes.** Angek.: Se. Excell. der k. schwed. Gen.-Lieut. Graf von Löwenhjelm aus Stockholm; Ober-Berghauptmann Graf v. Beust aus Bangel; v. Walewski, Gutsbesitzer, aus Warschau; Frl. Hamilton aus Stockholm.

British Hotel. Angek.: Graf Alex. v. Auersperg, Gutsbesitzer, aus Gratz; Kaufmann Semler aus Hamburg.

Hotel de Rome. Angek.: von Wilamowitz-Möllendorf, K. Kammerherr und Majoratsherr, aus Gadow; v. Fehleisen, k. russ. Hofrath, aus Weimar; Christophe, franz. Kab.-Kurier, aus Paris.

Luz's Hotel. Angek.: Freih. v. Bredow, Rittm. a. D., aus Senzke; Puscher, k. sächs. Oberlieut. u. Adjut. des Prinzen Georg in Dresden; Graf v. Jarlsberg, General-Lieut. a. D., aus Prag; Freiherr v. Saldern, Amtsrath, aus Dresden.

Hotel de France. Angek.: M. u. A. v. Stein, Part., aus Frankfurt a. M.

(Angel. Fremde.) Wolofsky, Chef der Finanz-Commission, aus Warschau; v. Rommel, kurf. hess. Referend. bei der Ob.-Fin.-Kammer, aus Cassel; Bar. v. Roth aus Amtitz; Frau Gräfin Tyszkiewicz aus Sindieß; v. Bernsdorf, Rittergutsbesitzer, aus Schleswig; v. Haas, K. Landrath und Rittm. a. D., aus Herzfelde; v. Flotow, Rittergutsbesitzer, aus Althoff; Königswarter, Banquier, aus Paris; Schnitter, Kreisger.-Dir., aus Stralsund; Dr. Richter, K. Consistorialrath, aus Stettin; v. Brunn, Appellat.-Ger.-Rath, aus Königsberg i. Pr.; Quistorp, Geh. Justizrath, aus Greifswald; Graf v. Pourtales, Rittergutsbesitzer, aus Glumbowitz; v. Pfuel, Rittergutsbesitzer, aus Mögelin; Lindhberg, K. dän. Konsul, aus Hamburg; Strahl, Ober-Postdirector, aus Merseburg; Lautenschläger, Bank-Inspektor, aus Gotha; v. Szerdahely, Kreis-Dep. und Rittergutsbesitzer, aus Binkowken; Berens, Musikdirector aus Hamburg; v. Tiedemann, Reg.-Rath, aus Merseburg.

Berlin-Hamburger Bahnhof. Den 3. Mit dem Nachmittagszug von Hamburg angekommen: Graf Auersbach; Professor Rauch.

Den 4. Mit dem Morgenzug abgereist: der K. schwed. Gen.-Lieuten. Graf Löwenhjelm (von Dresden kommend); Graf Hulock nach Schweden.

Berlin-Potsdamer Bahnhof. Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert fuhren mit dem heutigen Morgenzug um 9 Uhr nach Potsdam.

Mit dem Zug um 10½ Uhr trafen Se. Königl. Hoheit der Prinz Carl von Glienicke hier ein.

— Unserer gestrigen Notiz, daß Hr. Bürgermeister Geh. Rath Naunyn als Präsident der General-Commission nach Stendal gehen werde, wird durch zuverlässige Mittheilung widersprochen.

— Das günstige Resultat der Wahlen zum Gemeinderath in der 3ten Abtheilung ist vornehmlich der trefflichen Partei-Organisation zu verdanken, die dabei der conservative Wahl- und Hülfsverein in Anwendung gebracht hat. Alles war so geleitet, daß am 2ten Wahltage die Säumigen alle ihre Stimme abgaben, falls sie nicht wirklich daran verhindert waren.

— [Einiges zu den Gemeinderaths-Wahlen.] Im 29sten Wahlbezirke dritter Abtheilung (Neue Königs-, Prenzlauer-, Elisabeth-Straße u. s. w.) ist der Bezirksvorsteher Hr. Kaufmann Peck, der Candidat der conservativen Partei, mit großer Majorität gewählt worden, obgleich die demokratische Partei gerade in diesem für so demokratisch ausgeschrieenen Kreise alle Anstrengungen gemacht hatte, Hrn. Dr. Waldeck durchzubringen. Dieser erlangte von 319 Stimmenden jedoch nur 79 Stimmen, während auf Hrn. Peck 223 fielen, also fast noch 2mal so viele. Man kann aus diesem Ergebniß den Schluß ziehen, was von der bei jeder Gelegenheit angebrachten Redensart, daß die Demokratie die ungeheure Majorität des Volkes hinter sich habe, was von dieser Prahlerei zu halten ist, wenn es selbst in der 3ten Wählerklasse einer angeblich so demokratisirten Stadtgegend nicht gelingt, einen Demokraten von jedenfalls so reinem Wasser wie Hrn. Dr. Waldeck durchzubringen.

— Hr. Sasse, einer von den Excludirten, hat es in der dritten Abtheilung des 26sten Wahlbezirks mit Mühe und Noth dahin gebracht, daß ihm von 299 Stimmenden 55 ihre Stimme angedeihen ließen, während der conservative Candidat, Hr. Kaufmann Schöndorf, 229 Stimmen erhielt. Ein Erfolg, der niederschlagender für Hrn. Sasse sein dürfte, als selbst die über die 18 verhängte Exclusion, denn es liegt in jener für ihn stimmenden Minorität (fast nur ein Sechstel der Wähler) der augenscheinlichste Beweis, wie wenig das Steuer zahlende und stimmfähige Berlin von Leuten wissen will, die dem Gemeinwohl nur durch demokratische Phrasen und Opposition zu dienen im Stande sind.

Der hitzigste Wahlkampf hat vielleicht im 32sten Wahlbezirk (Frankfurter Straße) stattgefunden. Die demokratische Partei hatte dort Hrn. Elster, einen der bekannten 24 Flüchtlinge, als Candidaten aufgestellt, die conservative Partei dagegen Hrn. Elschig. Hr. Elster, für den die Demokraten einmüthig stimmten, erhielt auch richtig die Majorität, aber nicht die absolute, sondern nur eine Mehrheit von 2 Stimmen, nämlich 174 Stimmen, während Hr. Elschig 172 erlangte. Es muß also hier eine engere Wahl stattfinden, und es wird weniger von der Zahl, als von dem Eifer der conservativen Partei abhängen, auch hier wie in fast allen Stadtbezirken zu siegen.

Wie verlautet, hatte einer der 24 Saalräumer, der nach dem Resultat der Vorwahl sicher zu sein glaubte, in den Gemeinderath gewählt zu werden, schon zum Voraus ein Musikcorps bestellt, um seinen Triumph durch ein solennes Ständchen zu feiern. Da jedoch seine gehoffte Majorität flöten gegangen ist, so mußte er leider sein Notturno wieder abbestellen.

— † Das Resultat der gestrigen Gemeinderathswahlen III. Klasse hat unsere Demokratie doch gewaltig überrascht und veranlaßt unter ihr große Entmuthigung. Von den 34 Gewählten gehören nur 2 der demokratischen Partei an, und von diesen steht, wie bereits bemerkt, noch eine in Frage, und gerade die des von allen Exkludirten allein Gewählten.

Das Zahlenverhältniß der Stimmen giebt interessante Aufschlüsse über den gegenwärtigen Stand der Parteien. Zu den bereits speziell mitgetheilten Resultaten fügen wir noch einige schlagende vom ersten Wahltag hinzu. So hatte im 1. Wahlbezirk der demokratische Kandidat, Buchhändler Simeon, 39, der konservative, Destillateur Riesse, 144 Stimmen; im 4ten Wahlbezirk der demokratische Kandidat Dr. Gumbinner 23, der konservative, Kaufm. Mühlberg, 121; im 9. Wahlbezirk der demokratische Kandidat v. Kunowsky 93, der konservative, Hofjuwelier Reiß, 136; im 10. Wahlbezirk der schon so oft durchgefallene demokratische Kandidat Assessor Paalzow 92, Buchhändler Reimer 168; im 15. Wahlbezirk der demokratische Kandidat, Kaufmann Heyl, 63, der konservative, Kaufmann Schickedanz, 171; im 16. Bezirk Stadtrath Runge 24, Fabrikbesitzer Devaranne 91; im 23. Bezirk Dr. Stern 14, Geh. Reg.-Rath Lehnert 152; im 25. Bezirk Bonbonfabrikant Klix 33, Schulvorsteher Marggraff 174; im 28. Bezirk Hr. Klix 64, Glasermeister Walther 145 Stimmen.

—† Zur vorgestrigen und gestrigen Wahl hatten sich auch von außerhalb mehrere bekannte demokratische Wühler und Propagandisten eingefunden, wurden aber sofort von der Polizei wieder ausgewiesen.

Viele Mitglieder der konservativen Partei, die verreist waren, kehrten ausdrücklich zum Wahltag zurück.

— † Durch die Eröffnung der Schleusen für den neuen Kanal ist der Wasserstand der durch die Stadt fließenden Spree fast gar nicht verändert worden.

— Der § 215 Th. II Tit. 20 des Allgemeinen Landrechts verordnet: „Wer den öffentlichen Gottesdienst stört oder die in dessen Feier begriffene Gemeinde oder deren mit solchen Amtshandlungen beschäftigten Lehrer mit Worten oder Thätlichkeiten angreift, der soll auf 3 bis 18 Monate in ein Zuchthaus oder auf die Festung gebracht werden." §. 216 lautet weiter: „Auch der, welcher sich gegen blos geduldete Gemeinden eines solchen Unfugs schuldig macht, hat dadurch eine sechswöchentliche bis sechsmonatliche Gefängniß- oder Zuchthausstrafe verwirkt."

Eine nicht uninteressante Rechtsfrage wurde vor Kurzem bei einer Gerichtsverhandlung wegen Störung des Gottesdienstes einer jüdischen Gemeinde durch den Gerichtshof entschieden. Es handelte sich darum, ob durch die Verfassung vom 5. Dezember 1848 die Bestimmung des § 216 aufgehoben sei oder nicht. Der Defensor des Angeklagten führte besonders aus, daß die Bestimmung der Verfassung mehr ein Versprechen sei und erst durch eine nähere kirchliche Verordnung ins Leben treten müsse. Bis dahin sei die jüdische Gemeinde nur als eine geduldete zu betrachten. Der Gerichtshof trat auch den Ausführungen der Vertheidigung bei, verurtheilte deshalb den Angeklagten nach der Bestimmung des § 216 und nahm somit an, daß die jüdischen Gemeinden bis jetzt nur als geduldete zu betrachten seien. (D. R.)

— Der Invaliden-Kirchhof, an welchen sich so viele denkwürdige Erinnerungen an Preußens glorreiche Geschichte knüpfen, hat soeben durch die Vollendung des Denkmals auf dem Grabhügel des im Februar 1848 verstorbenen Feldmarschalls v. Boyen eine neue Zierde erhalten. Die beiden Grabeshügel — neben ihm ruhet seine ihm früher vorangegangene Gemahlin — umschließt eine steinerne Einfassung, an welcher die Namen, Geburts- und Sterbetage der Dahingeschiedenen zu lesen sind. Auf den beiden Enden dieser Einfassung erheben sich zwei schlanke, etwa 12—14 Fuß hohe Säulen, auf welchen zwei aus weißem carrarischen Marmor trefflich gearbeitete Victorien die Gräber bekränzen. Das Ganze macht einen feierlich erhebenden Eindruck.

— Am 15. Oktober wird die Renz'sche Gesellschaft wieder ihre Vorstellungen im Circus in der Charlottenstraße eröffnen.

— † In den Tagen vom 12. bis 18 September wird in der Königl. Reitbahn, Breite Straße Nr. 36., die Gesellschaft der Gartenfreunde Berlins ihre Herbstausstellung von Gartenerzeugnissen rc. halten.

— † Freitag den 6ten veranstaltet der Frauen- und Jungfrauen-Verein zum Gedächtniß der Schlacht bei Dennewitz die Speisung der Invaliden im Kemperhof.

— : Unter andern aus Schleswig-Holstein, resp. Altona und London, retournirten Persönlichkeiten will man auch Dr. Meyen in diesen Tagen hier bemerkt haben.

— : Musik-Director Wieprecht ist von seiner Kunstreise am Rhein wieder zurückgekehrt.

— Die aus dem „Frankfurter Journal" durch die deutschen Zeitungen gegangene Schilderung der Promotion eines amerikanischen Negers durch die philosophische Facultät zu Heidelberg ist — eine Zeitungsente. Die aus diesem Anlaß aufgetischten, wohlzugespitzten Reden gründen sich lediglich auf ein aufgeschnapptes Gespräch Carové's rc., worin die Denkbarkeit oder Angemessenheit einer solchen Ehrenerweisung Erwähnung fand. Die officielle Widerlegung wird nicht auf sich warten lassen.

†† Wie die verhöhnte Soldateska auch im Frieden zu etwas nütze ist, hat sich kürzlich während der Cholera-Epidemie zu Pegau gezeigt, die innerhalb weniger Wochen von 3500 Einwohnern 185 erlag[illegible]. Die Krankheit brach im Posthause aus; gleich in der ersten Nacht starben die drei Postbeamten; Schrecken durchbebte die Stadt, nirgends aber ward eine Vorkehrung zum öffentlichen Wohle sichtbar. Da hielt es der Commandeur der daselbst garnisonirenden Escadron Cuirassiere für Pflicht, auf dem Rathhause Anfrage zu thun. Alles war leer: er schickte zum Bürgermeister; derselbe war in der Nacht zuvor mit seiner Familie aufs Land geflüchtet; er beschickte die übrigen Herren vom Rathe in ihren Wohnungen: es erfolgte die übereinstimmende Antwort, in solchen Zeitläuften sei das nächste Gebot, bei seiner Familie auszuharren. Jetzt rief er seine Escadron zusammen, theilte ihr die Lage der Dinge und der Einwohnerschaft mit und fragte, wer sich freiwillig zur Erfüllung seiner Menschen- und Christenpflicht bereit zeigen wolle. Nach kurzer Berathung traten vier Mann hervor und erklärten im Namen der ganzen Schwadron, daß sich jeder Einzelne für Verrichtung jeglichen Dienstes zur Verfügung stelle. Zunächst sendete der Major je zwei Mann zu den Rathsherren, um dieselben wohl oder übel an die Stätte ihres Amtes zu geleiten. Abermals der vorige Widerspruch; Anwendung von Gewalt erschien aus Rücksicht auf die Landesverfassung unräthlich; es setzte demnach die Militairschaft sich selbst an die Stelle der vacanten Stadtbehörde, es wurden die nöthigen Anordnungen getroffen und die Leute versahen freudigen Muthes den Dienst der Krankenpfleger und Todtengräber. Die beiden Civilärzte büßten ihre Pflichttreue mit dem Leben, der Militairarzt verfiel in schwere Krankheit; der Kommandeur wandte sich nun an die Kreisdirektion in Leipzig um Hülfe und erhielt zwei junge Aerzte, die die traurige Periode unter Gottes Beistande zum glücklichen Ende führten.

†† „Die Berliner ministerielle C. C. hat wieder einmal eine Verschwörung zur Herstellung einer deutschen föderativen Republik entdeckt. Sie soll in Norddeutschland spuken." So die „eigentliche" Breslauer Zeitung. Es giebt hier nur eine Alternative. Entweder ist die Br. Ztg. besser unterrichtet, was immerhin denkbar ist; oder — der wahrscheinlichere Fall —

[illegible], 3. September. Gestern Morgen um 7 Uhr trafen Se. Königl. Hoheit der Großherzog hier ein und nahmen dem hiesigen Militair Parade ab.

Am vorigen Mittwoch war der General Hahn in Schönberg und hat in der Nähe von Selmsdorf dem jetzt im Fürstenthum Ratzeburg liegenden 11. preuß. Husarenregiment Parade abgenommen.

Altona, 2. September. (H. C.) Mit dem heutigen Nachmittagszuge ging das Mitglied des Friedens-Congresses von Frankfurt, Elihu Burritt, in Begleitung Mehrerer nach Kiel.

N° **Kiel**, 2. Sept. Nach langen Berathungen hat die Statthalterschaft heut durch Patent die Einberufung der Landesversammlung zum 9. d. M. hierher ausgeschrieben. Voraussichtlich wird die Session nicht sehr lange dauern. Es handelt sich lediglich um die Berathung von Finanzmaßregeln. — Noch täglich treffen bekannte Namen der Gothaer hier ein, die, wie sie es nennen, der Sache der Herzogthümer sich zur Verfügung stellen.

Ausland.

Frankreich.

∞ **Paris**, 1. September. [Revision der Verfassung. Stellung der Parteien. Reise des Präsidenten. Vermischtes.] Die Regierung läßt durch ihre halbofficiellen Blätter stets so schnell als möglich die telegraphischen Depeschen veröffentlichen, die ihr anzeigen, wenn sich ein General-Conseil für die Revision der Verfassung entschieden hat. Niemals aber wird dabei angezeigt, daß noch immer, mit Ausnahme von zwei, bemerkt wurde: Revision der Verfassung in den gesetzlichen Formen. Die Parteien stehen sich übrigens jetzt wieder einmal schroffer als je gegenüber. Eine Versöhnung ist gar nicht mehr möglich; es muß ein Ende nehmen mit dieser Republik, und es ist nicht abzusehen, wie diese Präsidentschaft noch bis zum Ende ihrer gesetzlichen Dauer gelangen soll. Die Reise nach Wiesbaden und der Tod Louis Philipp's sind bedeutungsvoller als man denkt. Es sind in That und Wahrheit Kriegserklärungen. Die Reise des Präsidenten hat nichts gebessert, sie hat die Lage nur noch mehr verwickelt. Graf Molé hält sich zurück, er ist unzufrieden und mit Recht, er hat dem Elysée unermeßliche Dienste geleistet; aber man läßt es selbst an der gewöhnlichsten Höflichkeit dort gegen ihn fehlen. [illegible] ist thätiger, als er den Anschein haben will, seine eigentlichen Pläne sind Allen ein Geheimniß, man hält ihn für einen Antifusionisten, aber auch das weiß man keineswegs gewiß. Berryer ist man der Führer der gesammten Legitimistenpartei, aber ich glaube, er wird häufiger geführt werden, als selbst führen, seine Weise ist zu klug und mild für den raschen Aufschwung, den die legitimistische Partei jetzt genommen. Der Präsident der Republik hat ganz die Maske der Ruhe und Gleichgültigkeit abgelegt, sein [illegible] gegen die Legitimisten ist unbeschreiblich; er hat Baroche den Vorwurf zu großer Milde gegen diese Partei gemacht, Baroche hat versprechen müssen, Carlier und die Polizei loszulassen gegen die Weißen. Den Legitimisten kann nichts erwünschter sein unter den gegenwärtigen Umständen. Der Präsident soll gerufen haben: Diese Menschen werden mich noch zum Republikaner und Socialisten machen! Das klingt fast komisch, wenn man zu gleicher Zeit erfährt, daß das Elysée insgeheim mit den Orléanistischen Chefs unterhandelt und ihnen so viel als möglich Avancen macht, die aber von eben diesen Chefs sehr spröde aufgenommen werden. Heute hieß es auch, der Seine-Präfekt Berger habe in großer Mißstimmung über das Elysée seine Entlassung eingegeben, und in der permanenten Commission sei der Antrag gestellt worden, die gesetzgebende Versammlung sofort nach Beendigung der Sitzungen der General-Conseils wieder einzuberufen. Ebenso viel Noth als seine Feinde machen dem Präsidenten seine Freunde von der Gesellschaft des 10. Dezember, gestern mußte er ihnen geradezu etwas Mäßigung befehlen lassen. Sie zogen truppweise durch die Straßen und schrieen: à l'eau les rouges! à bas les blancs! vive Napoléon! Man sagt, General Lamoricière sei von diesen unbewaffneten Prätorianern insultirt worden. Solche Vorfälle werden dem Präsidenten manche böse Stunde machen. Es wird ein sogenannter offener Brief des Präsidenten (vielleicht wieder an Oberst Ney) erwartet und zwar über die Legitimisten; der Präsident will nur erst die Ansicht des Herrn Fialin de Persigny darüber vernehmen. Dieser Getreue wird hier erwartet. Morgen geht der Präsident nach Cherbourg, seine Begleitung ist etwas durch den Minister des Innern purificirt worden.

Es heißt, daß König Otto von Griechenland in Folge einer Einladung L. Napoleon's hier eintreffen werde.

Die hier anwesenden vornehmen Indier aus Nepaul wurden gestern von L. Napoleon empfangen; heute Mittag speisen sie im Elysée.

L. Napoleon wird bei seinem Besuche in Cherbourg nachstehende Reiseroute befolgen: am 3. Sept. von Paris nach Evreux; am 4. von Evreux über Lisieux nach Caen; am 5. nach Cherbourg; am 6. und 7. Aufenthalt daselbst; am 8. von Cherbourg nach St. Lo; am 9. von St. Lo über Coutances und Granville nach Avranches; am 10. von Avranches über Vire nach Argentan; am 11. von Argentan nach Evreux; am 12. Rückkehr nach Paris.

Ludwig Philipp hat wenige Tage vor seinem Tode noch einen langen Brief an Guizot geschrieben und ihm Noten für die Geschichte des Hauses Orleans überschickt, die er zu schreiben beabsichtigt. —

Der Ritter de Paiva hat dem Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter Portugals bei der französischen Republik überreicht.

† **Paris**, 30. August. [Die Departementalräthe. Die Fusion.] Die Departementalräthe haben ihre Arbeiten begonnen und mit gespannter Aufmerksamkeit folgt man ihren Verhandlungen. Man sage was man wolle, ihre Beschlußnahmen oder ihr Stillschweigen sind, wenn auch nicht entscheidend, doch aber von großer Wichtigkeit, und albern ist es, darüber zu streiten, ob sie nach dem Wortlaute des Gesetzes berechtigt sind, sich mit allgemein politischen Angelegenheiten zu befassen oder nicht. Auch die Manifestationen in den Straßen sind nicht legal, und doch wäre es thöricht, ihnen keine Rechnung tragen zu wollen; um so weniger darf man es [illegible] oder gar [illegible] Verfassungswidrigkeit ohne Weiteres verdammen, wenn [illegible] Versammlungen, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen sind, ihre Ansichten über eine gegebene Frage, sei es nun durch deutlich ausgesprochene Wünsche oder durch Stillschweigen, kund thun. Uebergehen die Departementalräthe die Frage, ob die Verfassung revidirt werden soll oder nicht, mit Stillschweigen, so ist dies ein untrügliches Zeichen, daß sie es auf die uns durch die Constitution [illegible] vorbehaltene Krisis wollen ankommen lassen, und die Gegner der Revision werden, sich hierauf stützend, mit um so größerer Energie und voraussichtlich auch mit um so größerem Erfolge jede Beantragung derselben zurückweisen. Sollte aber das Gegentheil stattfinden und die Mehrzahl der Departementalräthe den Wunsch nach der Verfassungs-Revision votiren, dann würde das nicht blos die Radikalen, sondern auch die Legitimisten wenigstens in eine große Verlegenheit bringen. Jedenfalls könnte sich L. Bonaparte, in sofern diese Revision als zu seinen Gunsten stattfinden soll, dafür vorzüglich bei dem rothen Gesindel bedanken, das durch seine brutalen Demonstrationen die öffentliche Meinung aufgeschreckt und mit der Furcht, es werde die Krisis von 1852 die socialistische Republik herbeiführen, erfüllt hat.

Aus dem bis jetzt bekannt Gewordenen läßt sich noch nicht auf das Resultat von den Sitzungen der Departementalräthe schließen. Nur zweierlei steht fast schon fest: daß die Departementalräthe sich überhaupt mit der schwebenden Frage beschäftigen werden, und daß die Mitglieder der National-Versammlung, welche zugleich Mitglieder der Generalconseils sind, eine Art von Fiasko bei der Zusammensetzung der Bureaux gemacht haben. Von jeher war es Sitte, daß die Repräsentanten von ihren Collegen in den Departementalräthen zu Präsidenten, Vizepräsidenten oder Sekretairen gewählt wurden, in diesem Jahre scheint man ihnen diesen Beweis des Vertrauens in ihrer Anschauung der öffentlichen Zustände und Bedürfnisse nicht geben zu wollen, denn in den 59 Departementalräthen, deren Büreaus wir bereits kennen, fungiren nur 31 Repräsentanten unter den Würdenträgern, während die Totalsumme dieser Letzteren sich auf 157 beläuft. Im Uebrigen weiß man bis jetzt nur, daß die Departementalräthe der Aube, Oise und Pyrénées orientales den Wunsch der Verfassungsrevision bereits votirt, und daß in Marseille die Legitimisten in der Wahl der Bureaumitglieder unterlegen sind.

Mit Ludwig Philipp ist, nach der Meinung der Legitimisten, mit denen ich mich unterhalten habe, die letzte Aussicht auf die Verschmelzung der beiden bourbonischen Linien verschwunden. Der Exkönig hatte sich mit dem Gedanken an die Anerkennung von den angestammten Rechten des Herrn Grafen von Chambord vertraut gemacht und die Ansicht der Herzogin von Orleans, man müsse eine Restauration des Grafen von Paris vorbereiten, zu bekämpfen gesucht. Es ist nicht anzunehmen, daß irgend ein anderer Einfluß erfolgreicher auf die Herzogin wirken werde, als der ihres Schwiegervaters. Bei dieser Gelegenheit bemerke ich übrigens, daß es auf einem Irrthume beruht, wenn man glaubt, die Legitimisten muthen der Herzogin zu, im Namen ihres Sohnes förmlich zu stipuliren sie wünschen nur, daß sie sich überhaupt passiv verhalte und daß sie aufhöre, die Chefs der orleanistischen Partei in ihren Intriguen gegen das ächt monarchische Prinzip zu bestärken und zu ermuthigen. Wie dem auch sein mag: die vielbesprochene Fusion ist heute weiter als je ins Ungewisse hinausgerückt, und Thiers, Montalembert, O. Barrot und Consorten reiben sich die Hände. Daß jener Umstand eine Chance für den Präsidenten der Republik, liegt auf der Hand.

Dies Alles aber wird die Legitimisten nicht verhindern, hinfüro ihren eigenen Weg zu gehen und insbesondere sich der Verfassungs-Revision zu widersetzen. Sollte wider Vermuthen die Fusion zu Stande kommen, dann wollen sie einen Prinzen des Hauses Orleans, wo nicht, den General Changarnier als Candidaten zur Präsidentschaft wählen, das Weitere werde sich dann finden. Was sonst noch über die Beschlußnahme in Wiesbaden erzählt wurde, war Erfindung der Hypothesen-Jäger.

Paris, Montag, den 2. Septbr., Abends 6 Uhr. (Tel. Corr.-Bur.) **Drei neue Departemental-Räthe sprechen sich für Revision der Verfassung aus. — Die Legitimisten beschuldigen die Regierung, daß sie auf die Entschließungen der Departemental-Räthe Einfluß ausübe, und wird deshalb eine sehr stürmische Legislative erwartet. — Die Union bekämpft die präsidentielle Regierung. — Die neueste Nummer der legitimistischen Mode wurde von der Polizei mit Beschlag belegt. — Heute hat eine Sitzung der Permanenz-Kommission stattgefunden. Morgen reist der Präsident nach Cherbourg.**

Großbritannien.

Durch eine Bekanntmachung des General-Postmeisters werden die seit dem 23. Juni bestehenden Post-Einrichtungen, den Sonntags-Dienst betreffend, aufgehoben.

Italien.

Rom, den 24. August. Pinelli ist dem Papste von dem französischen Gesandten vorgestellt worden und hatte Sr. Heiligkeit ein in sehr versöhnlichem Geiste abgefaßtes eigenhändiges Schreiben des Königs von Sardinien übergeben. Herr von Rayneval hat von seiner Regierung die Weisung erhalten, nach Kräften für die Beilegung der römisch-piemontesischen Wirren mitzuwirken. — Der Erzbischof von Capua, Cardinal von Serra Cassano, ist am 17. August gestorben. — Nachrichten aus Fenestrelle zufolge wird der Erzbischof Fransoni in seiner Haft mit großer Strenge behandelt.

Nach einem Privatschreiben aus Rom vom 24. August soll der Papst die Absicht haben, mit Strenge gegen Piemont aufzutreten. Am 23. soll eine Deputation von drei Mitgliedern, welche von dem sardinischen Ministerium abgesandt worden, in Rom angekommen sein. Dieselbe hat den Auftrag, wie es in Rom hieß, das Benehmen des sardinischen Ministeriums zu rechtfertigen. Diesem Briefe nach soll sich der Papst jedoch mit einer einfachen Rechtfertigung nicht begnügen wollen, sondern einen förmlichen Widerruf verlangen.

Das Dampfschiff „Monzambano", welches Hrn. Pinelli nach Civita-Vecchia gebracht hatte, ist wieder nach Genua zurückgekommen. Man sagt, dasselbe habe Ordre gehabt, die päpstlichen Staaten nur auf Befehl des Hrn. Pinelli zu verlassen.

Spanien.

Madrid, 22. August. Die gemäßigten und die radicalen Wähler halten vorbereitende Versammlungen, noch sind aber, außer Martinez de la Rosa, welcher der Mann der Moderados ist, keine Candidatenvorschläge erschienen. Der zum Gesandten nach Wien ernannte Graf v. Colombi muß gestern Lissabon verlassen haben. Die Königin Donna Maria hatte ihn noch durch das Großkreuz des Christusordens geehrt, das auch der Minister des Innern, Graf v. San-Luis, wegen seiner Verdienste um den Postvertrag erhalten hat. Graf v. Colombi begiebt sich jedoch nicht auf seinen Posten, ohne vorher nach Madrid zu kommen, wo er seine Verhaltungsbefehle holt. Nach einer Statistik des Heraldo besteht die spanische Handelsmarine aus 942 Schiffen von 80 bis 400 Tonnen; aus 1997 von 20 bis 80 T.; und aus 10,050 von 20 T. und weniger; im Ganzen aus 13,089 Kauffahrteischiffen, Fischerbooten 2c., mit einer Bemannung von 61,508 Seeleuten. Der englische Gesandte, Lord Howden, lebt sehr zurückgezogen. Der päpstliche Nuntius hat der Königin gestern in einer Privataudienz das Danksagungsschreiben Sr. Heil. wegen der geleisteten Hülfe überreicht.

Schweiz.

Basel, 31. August. (Basl. Z.) Der vom Bundesrath ausgewiesene, von der Regierung von Freiburg aber mit dem Bürgerrecht beschenkte deutsche Flüchtling Dr. d'Ester hält sich noch immer, obschon der Bundesrath die Bürgerrechtsertheilung kassirt hat, in Chatel St. Denis auf.

Dänemark.

Kopenhagen, 31. Aug. Gestern fing das Herbst-Fest zum Besten der verwundeten Krieger an. Der Rosenburger Schloßgarten war von einer erstaunlich großen Menge Menschen besucht, welche schon dem Fond für die Invaliden eine schöne Einnahme verschafft haben. Wenn die Witterung nicht zu ungünstig bleibt oder wird (denn die Beschaffenheit derselben ist etwas unbestimmt), wird man in 3 Tagen auf eine Einnahme von 50,000 Thalern vielleicht rechnen können.

D° **Kopenhagen**, 31. Aug. Heut ist das ausführliche Gesetz publicirt, wonach Schleswig von morgen in den dänischen Zollverband tritt; es enthält die Abänderungen des Zolls auf jeden einzelnen Artikel.

Schweden.

Stockholm, 27. August. Die Cholera dehnt sich in der Stadt Malmoe und über dieselbe, z. B. nach der ziemlich getrennt von der Stadt liegenden Citadelle aus; am 24. betrug die Anzahl der Cholera-Todesfälle in der Stadt 7, am 23. 12, am 22. 17 Personen. Auf Gothland ist Slite für angesteckt und die theilweise in unmittelbarer Verbindung mit diesem Hafen stehenden Orte Wisby, Kappelhamn, Fahrösund und Kylley für verdächtig erklärt worden.

Christiania, 28. August. Der König und die königl. Familie hat die hier liegenden Kriegsfahrzeuge besucht, begrüßt von Hurrah, Flaggen, Kanonen-Salut u. s. w.

Rußland.

St. Petersburg, 16. August. (Die Reichskreditanstalten.) In der am 16. d. M. gehaltenen Jahressitzung des Conseils der Reichskreditanstalten hielt der Finanz-Minister bei Uebergabe der Rechnungen dieser Anstalten fürs Jahr 1849 folgende Rede: „Meine Herren! In der heutigen Sitzung werden dem Conseil der Reichskreditanstalten die Rechnungen jeder dieser Anstalten, fürs Jahr 1849, vorgelegt. Die wichtigsten Maßregeln des vorigen Jahres mit Bezug auf den Kredit betrafen folgende Gegenstände: 1) Der Marsch unserer Armee gegen die Aufrührer in Ungarn machte außerordentliche Ausgaben des Reichsschatzes nothwendig, zu deren Deckung ein allerhöchster Ukas vom 22. August 1849 eine Emission von sieben Serien der Reichsschatzbillette, zu drei Million Rubel jede, anordnete, von denen aber im Laufe des Jahres 1849 nur vier Serien mit 12 Millionen S. Rubel emittirt wurden. 2) Gemäß des mittelst allerhöchsten Ukases vom 21. Dezember 1849 dem Handelshause des Banquiers Baron Stieglitz ertheilten Auftrages wurde zur Deckung der Ausgaben für die Beendigung der St. Petersburg-Moskauschen Eisenbahn, durch Vermittelung der Gebrüder Baring und Co. in London eine auswärtige Anleihe von 5,500,000 Pfd. St. eröffnet. Für diese Anleihe wurden 4½ pCt. Zinsen mit 2 pCt. vom Nominal-Kapital jährlich zur Tilgung der Schuld bestimmt. Die Bedingungen dieser Anleihe waren vortheilhaft im Vergleich mit denen, welche einige andere Staaten um dieselbe Zeit negocirt hatten, und sie wurde zu den angesetzten Terminen ohne alle Schwierigkeit realisirt. 3) Bekanntlich war die Ausfuhr der russischen Gold- u. Silbermünze im Jahre 1848 verboten worden. Der Beweggrund zu dieser Maßregel war die außerordentliche Steigerung des Preises für Gold und Silber im Auslande, was bei dem damaligen niedrigen Stande der hiesigen Wechselcourse eine übermäßige Ausfuhr der klingenden Münze befürchten ließ. Als später das Gleichgewicht zwischen dem Werthe des Goldes und Silbers im Ausland und dem Wechselcourse an der St. Petersburgischen Börse sich wieder herstellte, wurde es möglich, die Ausfuhr der Gold- und Silbermünze wieder zu gestatten, wozu auch die Allerhöchste Erlaubniß am 23. November 1849 erfolgte. 4) Bei der Gründung des Kiewschen Bank-Comtoirs im Jahre 1839 war es demselben erlaubt worden, Wechsel, die nicht mehr als vier Monat Zahlungstermine haben, zum Discontiren anzunehmen. Da es jedoch der Kiewschen Kaufmannschaft schwer wurde, Wechsel mit so geringem Zahlungs-Termin zum Discont zu präsentiren, und in Betracht, daß das Handelsgeschäft in Kiew an Umfang zunimmt, gestattete ein am 24. Decbr. 1844 Allerhöchst bestätigter Beschluß des Minister-Comité's, nach dem Beispiel anderer Comtoire, temporair dem Kiewschen, Wechsel, deren Zahlungstermine nicht weniger als 8 Tage, und nicht mehr als 6 Monate dauern, zum Discontiren anzunehmen. In Betracht des Nutzens, den diese temporaire Maßregel der Kiewschen Kaufmannschaft gebracht hat, ist sie durch ein am 22. April 1850 Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths für permanent erklärt worden."

Es folgt nun das Nähere der Rechnungslegung. Im Laufe des Jahres 1849 wurden in das Reichsschuldenbuch eingetragen an Terminschulden von den Verwahrungskassen zu verschiedenen Unternehmungen entlehnt 14,232,750 Silber-Rubel, für Terminschulden wurden ausgezahlt: in holländischen Gulden 1,584,000 Gulden, in Silber 1,233,533 R. S. Nicht Termin habende Schulden: in Silber 2,552,607 R. S. Nach diesen Veränderungen verbleiben zum Jahre 1850 auswärtige Terminschulden: von der alten holländischen Anleihe, auf Rußlands Antheil in holländischen Gulden, 34,600,000 Gulden, von der zweiten holländischen Anleihe, in holländischen Gulden 27,637,000 Gulden; inländische Terminschulden 68,978,246 R. S., nicht Termin habende Schulden (in- und ausländische) 231,766,157 R. S., zusammen in Silber 336,219,492 Rubel. Im Jahre 1849 erhielt die Schuldentilgungs-Kommission zur Tilgung von Termin- und nicht Termin habender Schulden, 23,978,039 R. S., welche ihrer Bestimmung gemäß verwendet wurden. Das Kapital des Tilgungsfonds bilden: für die 6pCt. und die erste und zweite 5pCt. Anleihe 49,204,773 R. S., für die dritte und vierte 5pCt. Anleihe 162,145 R. S., für die 4 pCt. 262,060 R. S.; das besonders abgelegte Kapital besteht in 6,157,114 S.-R. Die Kapitalien der Reichs-Leihbank bestehen, unter verschiedenen Benennungen, zum Jahre 1850 in 8,702,628 R. S.

An Darlehen waren zum Jahre 1850 ausstehend 284,061,301 S. R. Hypothekarisch hafteten: Bewohnte Landgüter mit 655,155 Seelen; Häuser: 970; Fabriken, Manufacturen und Fischereien: 84. Der Gewinn des Jahres 1849 betrug: 2,819,022 S.-R. Das eigene Kapital der Reichs-Kommerz-Bank besteht in 8,571,428 S.-R. Reserve-Kapital 1,063,016 S. R. Zum Jahre 1850 bleibt für diese Anstalt eine Schuld von 15,920,284 S. Rubel. Der Gewinn betrug 649,832 S. R. Reichsbillette waren im Ganzen am 23. Januar 1850 in Circulation für 300,317,244 S. R.; der Umwechselungsfond besteht zum Jahre 1850 in 136,969,739 S. R. Die den Verwahrungskassen anvertrauten Kapitalien betragen zum J. 1850 nach Abzug von 48,844,867 R., welche den Findelhäusern gehören, 378,050,369 S. R. Die Kassen haben an ausstehenden Schulden bei verschiedenen Behörden und Personen 409,376,781 S. R. Der reine Gewinn beträgt 1,961,392 S. R. In den Sparkassen blieb an Kapital mit angewachsenen Zinsen 1,233,346 S. R. In den Collegien der allgemeinen Fürsorge blieben zum J. 1850 im Umsatz 59,394,109 S. R. Der reine Gewinn war 360,146 S. R. Das eigene Kapital der Collegien ist 13,181,584 S. R. Die Verwahrungskassen, die Leih- und die Kommerz-Bank und die Collegien der allgemeinen Fürsorge besitzen zusammen im Jahre 1850 an Einlagen 721,610,057 S. R. und an Darlehen (mit Einschluß des Wechsel- und Waaren-Discontes) 771,039,086 S. R. Im Ganzen wurden im J. 1849 deponirt, mit Einschluß der für nicht zurückgefordertes Kapitale berechneten Zinsen 177,543,362 S. R. zurückgefordert 159,258,239 S. R. Mithin ist mehr eingekommen 18,285,123 S. R.

Griechenland.

Athen, 20. August. Der Austritt des ehemaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Londos, war von einer Art Ungnade begleitet, denn keines der Kabinets-Mitglieder hatte sich so entschieden und so heftig wie er gegen das neue Regentschaftsgesetz, und namentlich gegen die Theilnahme der Königin an den Geschäften der Regierung ausgesprochen. Die Gefügigkeit des Herrn Deljanni, der einige Tage lang vier Ministerposten auf einmal bekleidete, hat der Krisis ein Ende gemacht, die, hätte sie sich noch länger hinausgezogen, die Abreise des Königs, wenn nicht verhindert, doch jedenfalls hinausgeschoben hätte.

Auswärtige Getreideberichte.

Hamburg, 30. August. Der Getreidemarkt war wiederum sehr lebhaft. Weizen bedang die bisherigen Preise, eben so Roggen in loco, ab preuß. Ostseehäfen wurden Partieen ⅌ Herbst einige Thlr. billiger begeben, ab Memel 120 ℔ zu 48 ⁊ Bco., während von da ab auf Frühjahrs-Lieferung ein bedeutender Umsatz 120—122 ℔ zu 58 a 59 ⁊ Bco. ⅌ Last stattfand. Gerste fest zu letzten Notirungen. Hafer wenig angeboten. Bohnen und Erbsen unverändert still. Rappsaamen in loco 128 ⁊ Bco. bezahlt, ab Elbe auf 130 a 132 ⁊ Bco. gehalten und nur sehr wenig angeboten.

Spiritus. Für Bordeaux- und Cette- bis 35 ⁊ gefordert, Geschäft still. Dagegen in gereinigtem preuß. lebendiger Umgang und in Partieen bis 22 ⁊ bez., Kleinigkeiten höher, roher 17¾—18½ ⁊, wenig Abgeber bei guter Frage.

In Rüböl fand ein lebhaftes Geschäft statt, loco bedang 22 ℳ a 22 ℳ 4 ß, ⅌ Oct. ist bedeutend zu 22 ℳ a 22 ℳ 8 ß gehandelt, ⅌ November — December zu 22 ℳ 4 ß mehrseitig Kauflust, ⅌ Mai 22 ℳ 4 ß Geld. Heute war ⅌ October 22 ℳ 8 ß Br. und G.

Leinöl unverändert, loco 23 ℳ 4 ß, Lieferung 22 ℳ 6 ß. — Hanföl angenehm, loco mit 22 ℳ 8 ß bez., Liefer. wird vergebens 21 ℳ 12 ß a 22 ℳ geboten.

Oelkuchen. Rapp- in loco wenig zugeführt und in guter Frage zu 58 a 61 ℳ Crt., ab der Ostsee zu 38 a 44 ℳ Bco. Lein- sehr flau und niedriger, loco 85 a 95 ℳ Crt., ab der Ostsee nominell 58 a 75 ℳ Bco.

Kleesaamen. Der Umsatz war diese Woche nur unbedeutend, indeß muß man bei der fortwährend geringen Ausstellung von neuem weißen Saamen den Preis, besonders für feine Sorten, fester annehmen. In rothem Kleesaamen konnte der Umsatz nur beschränkt sein, da die Eigner sich nicht veranlaßt sehen, zu sehr billigen Preisen abzugeben.

Butter. Die Preise für Sommerwaare behaupten sich. Die Vorräthe sind unbedeutend und feine Waare selten. Von Stoppelbutter war noch nichts am Markt.

Magdeburg, den 31. August. Wie in der Regel in der Herbstzeit, haben wir jetzt einen sehr lebhaften Handel in allen Landesprodukten. Weizen findet in Hamburg einen guten Absatz und die Vorräthe im Wasser räumen sich mehr und mehr auf, gleichwohl haben die Preise daselbst noch keine Steigerung erfahren, und wir haben daher auch hier nur die Preise der vorigen Woche zu notiren, 48 — 52 ⁊ je nach Beschaffenheit und Gewicht. Roggen hat hier die Fluktuationen der Berliner Börse nicht durchgemacht, wird sind hiermit ganz gemessen nach und nach höher gegangen u. sind jetzt bei den Preisen von 34 — 35 ⁊ angelangt. Gerste sehr begehrt und aus erster Hand mit 24 — 25 ⁊ bezahlt, obwohl es in Hamburg auch etwas besser damit gegangen, so rentiren diese Preise doch nicht dahin. Hafer nach Beschaffenheit 20 — 22 ⁊ fürs Consume bezahlt. Kartoffel-Spiritus wird jetzt mit 24 ⁊ für 14,400 % Tralles bezahlt, unsere Vorräthe davon sind gänzlich aufgeräumt, und da erst wenige Brennereien in unserer Umgegend im Betriebe sind, so haben wir auch vom Lande höchst geringe Zufuhren, der Bedarf unserer Destillationen wird daher von Berlin aus gedeckt, so lange diese Verhältnisse obwalten, werden wir also auch wesentlich höhere Lokopreise haben, als in Berlin. Auf Lieferung für die Brennzeit ist zu 23½ ⁊ angetragen, 23 ⁊ dürfte zu erlangen sein. Rüben-Spiritus mit 22 ⁊ gekauft und dazu wohl noch zu haben.

Im Zuckerhandel ziemlich ruhig. Der Preis für hübsche blonde Rohzucker ist mit 11½ ⁊ anzunehmen, für feine weiße Farine auf Lieferung 15 — 15½ ⁊. Melis macht sich etwas knapp und kostet 16 — 16½ ⁊. Raffinade 17½ — 17¾ ⁊. Winter-Raps und Winter-Rübsen 75 — 78 ⁊. Sommer-Raps ist zu 62 ⁊ gekauft worden. Rüböl 11½ — 12 ⁊. Lein-Oel 12 ⁊. Weizen 50 — 47 ⁊. Roggen 35 — 34 ⁊. Gerste 25½ — 22 ⁊. Hafer 21 — 18 ⁊. Spiritus 24 ⁊.

Ernte-Berichte.

Passau, Ende August. Der Roggen ist gut, aber nicht vorzüglich, wie im Vorjahre. Weizen giebt vollauf, Gerste und Hafer nicht minder, Gras und Klee in Fülle, Obst keines, und die Kartoffeln sind für Niederbaiern fast völlig verloren — am meisten vom Inn bis zum Isargebiet, wo alle Felder mit schwarzem, getrockneten Kraute schon jetzt stehen.

Riga, 19. August. Die Roggenernte ist in unserer Gegend im Allgemeinen als beendet anzusehen und ist man mit deren Resultat hinsichtlich der Qualität wohl zufrieden, mit der Quantität hingegen weniger. — Das Gewicht des neuen Roggens fällt schwer, und können wir 120 ℔, selbst bis 125 ℔ Waare erwarten.

Gerste, Weizen und Hafer stehen im Lande gut und lassen befriedigende Erträge hoffen.

Treptow a. d. R. (August.) Die Ernte ist hier größtentheils beseitigt. An Stiegenzahl ist dieselbe nur sehr mittelmäßig zu nennen. Wie sie sich nach dem Dreschen herausstellen wird, können wir noch nicht berichten. Die Kartoffelkrankheit zeigt sich nur spärlich.

Stettin, 30. August. Die Kartoffelkrankheit scheint jetzt auch am Rhein größere Fortschritte zu machen, in den östlichen Provinzen dagegen, namentlich in Posen sollen die Kartoffeln mehr durch Dürre als durch Krankheit gelitten haben und man erwartet auch dort einen schlechten Ertrag.

Auch in Böhmen greift die Kartoffelkrankheit noch immer mehr um sich.

New-York, 6. August. Die Weizen-Ernte ist hier im Lande beendet und das gewonnene Quantum ist größer als je zuvor. In vielen westlichen Staaten, wo bis jetzt hauptsächlich Mais gepflanzt wurde, ist in diesem Jahre viel Weizen gebaut worden. Missouri, welches einer von den am wenigsten Weizen bauenden Staaten ist, hat einen annähernden Ueberschuß von 500,000 Bushel. Die Mais-Ernte hatte leider in Folge der

---

sie befindet sich wieder auf ihrem vormärzlichen Standpunkte, der durch Negiren oder Cajoliren der revolutionären Tendenzen eben die kostbaren Errungenschaften, in deren Besitz das Volk und — die Zeitungsschreiber sich so namenlos glücklich fühlen, heraufbeschworen hat. Es geht dem Deutschen, wie gewissen Thieren, immer noch zu wohl.

— † **Demokratische Agenten aus Nordamerika!** In der Nacht vom 7. zum 8. December v. J. wurde aus dem Depositorium des Königl. Kreisgerichts zu Gardelegen die Summe von 10,000 Thlr. entwendet, ohne daß es gelang, den Aufenthalt des dieses Diebstahls dringend verdächtigen Arbeiters Busch-Gräbe zu ermitteln, der bereits früher mit andern Socialisten nach Amerika ausgewandert, dort ein Mitglied der republikanischen Vereine gewesen, später aber wieder nach Deutschland zurückgekehrt war. Da neuerdings die in Magdeburg wohnende Ehefrau desselben einen Auswanderungs-Consens nachgesucht hatte und, obgleich ihr dieser verweigert worden, alle Anstalten traf, ihren Haushalt aufzugeben, auch bereits eine große Kiste nach Bremen abgesandt hatte und im Begriffe stand, dorthin abzureisen, so lag die Vermuthung nahe, daß der Busch-Gräbe dort mit seiner Frau zusammentreffen werde. Es wurde deshalb der Polizei-Commissarius Schmidt nach Bremen gesandt, welcher den Busch-Gräbe in dem Augenblicke, als derselbe mit dem Bahnzuge von Magdeburg eintraf, und demnächst auch dessen ihn erwartende Frau nebst Kindern und Schwestern, verhaftete. Der Busch-Gräbe war im Besitz eines falschen, auf den Namen Schulz aus New-York ausgestellten Passes. Schon unterwegs nach dem Gefängnisse gestand derselbe, daß er nicht blos obigen Diebstahl verübt, sondern auch im Verein mit den Schiffsknechten Bölkel und Flügel und der Ehefrau des Letztern am 29. Juli v. J. die Stadtkasse zu Bremen bestohlen habe. Bei der Nachforschung nach den dem Busch-Gräbe zugehörigen Effekten wurde in dem Gasthause, wo selbige sich befanden, auch ein gewisser Schmidt aus Magdeburg verhaftet, mit welchem, wie sich später ergab, Busch-Gräbe in New-York gewesen und von dort nach Bremen gekommen war. Bei Schmidt fanden sich außer mehreren Geldsummen auch ein Dolch, ein Dolchmesser und fünf scharf geladene Pistolen, theils sechs-, theils vier-, theils einläufig. Ferner wurden am folgenden Tage ein von Braunschweig als Passagiergut angekommener Reisesack und Kasten in Beschlag genommen, worin sich außer einem sechsläufigen, scharf geladenen Pistol und einem Dolche, sowie verschiedenen von Busch als sein Eigenthum anerkannten Sachen, 2820 Thl. Gold vorfanden. In Folge dieser Beschlagnahme machten Busch sowohl als Schmidt umfassende Geständnisse in Bezug auf den Diebstahl in Bremen (von 5000 Thlr. in Gold) und gestand Ersterer außerdem noch eine Reihe von nicht weniger als sechszehn Diebstählen, die er, theils allein, theils in Gemeinschaft mit Anderen verübt und wegen deren er nicht zur Untersuchung gezogen sei. Es befinden sich darunter der vor zwei Jahren an der Land- und Stadt-Gerichts-Kasse zu Stendal begangene Diebstahl, so wie ein Diebstahl von 6000 Thlrn. bei den Kaufleuten Geuff und Ebert. Von den Complicen des Busch ist der Bölkel in Bremen gesehen, jedoch seitdem flüchtig geworden und auch bereits steckbrieflich verfolgt.

𝔚 Wie wär's, Hr. Dr. Haym, wenn „jener Haufe von Menschen, welcher in der Neuen Preußischen Ztg. sein Wesen treibt", einen gewissen Paragraphen des Preßgesetzes gegen Ew. Wohlgeborern anstrengte von wegen der „ungetheilten Berachtung und des Abscheu's", deren jener Menschenhaufe sich nach Ihrer ächt-constitutionellen Meinung „zu erfreuen hat." — Man ist so zuvorkommend in Anstellung von Injurien-Klagen gegen die Kreuzzeitung (als ob eine so Verachtete und Verabscheute wirklich noch Einen beleidigen könnte!), daß sich wohl einmal das Blatt wenden könnte contra einen aufrichtig-constitutionellen Rohrsperling oder „Spatzenkopf", wie es im Egmont heißt, der zu politisiren wähnt, wenn er schimpft, schimpft wie die bekannten Virtuosinnen darin auf dem Kölnischen Fischmarkt. Gesetzt den Fall jenes Paragraphen, Hr. Haym, würde Ihnen da nicht etwas unheimlich zu Muthe werden? Und glauben Sie wirklich, durch dergleichen Heimweh nach mehr Abonnenten solche zu ködern?

— (Allg. Ger.-Z.). Vor Kurzem wurde ein kleines Mädchen von 8 Jahren dabei ergriffen, als sie einem noch jüngeren Kinde die Ohrringe aushakte. Dabei kam es zur Sprache, daß mehreren Kindern in der Umgegend seit einigen Tagen die Ohrringe ausgemacht worden wären, das Mädchen wurde darüber befragt, gestand jedoch nur die Entwendung des einen Paares Ohrringe zu, wollte dieselben aber nur im Auftrage eines größern Mädchens, das sie nicht kennen wollte, entwendet und ihm gegeben haben. Es entstand zwar der Verdacht, daß die eigene Mutter des Kindes dasselbe zu den Diebstählen anleitete, das Kind stritt aber so hartnäckig, wie es die anderweit zur Sprache gekommenen Diebstähle begangen zu haben leugnete, und konnte daher auch nur wegen des einen derselben zur Strafe gezogen werden, die jedoch auf 10 Tage halb bei Wasser und Brod ausfiel.

Bereits seit längerer Zeit werden diejenigen Strafgefangenen, welche zu 10jähriger und lebenswieriger Zuchthausstrafe verurtheilt sind, sofort nach ihrer Verurtheilung nach der Strafanstalt bei Moabit abgeführt, weil in der Stadtvoigtei theils kein Raum vorhanden ist — dieselbe ist bekanntlich so angefüllt, daß viele Räume, die bisher anderweiter Benutzung unterlagen, jetzt mit Gefangenen haben belegt werden müssen — theils die Sicherheit für die Aufbewahrung so gefährlicher Verbrecher mangelt. In der neuen Strafanstalt zu Moabit werden diese Untersuchungsgefangenen nicht mit den Strafarbeitern zusammengebracht, sie behalten ihre Kleidung bei und werden in keiner Beziehung den Zuchthäuslern gleich gestellt, so daß namentlich die politischen Verbrecher sich dort viel wohler fühlen, als in der Stadtvoigtei, wo sie oft mit den gemeinen Verbrechern haben zusammensitzen müssen, während sie hier allein eine Zelle haben, also wenigstens von so unangenehmer Gesellschaft befreit sind. Die Strafanstalt zu Moabit ist übrigens auch bereits so überfüllt — es sind jetzt 523 Gefangene dort, während eigentlich nur für 510 Zellen vorhanden sind — daß man auch dort hat Gefangene in bisher anderweit benutzten Räumen unterbringen müssen. Hier befinden sich auch die kürzlich zum Tode verurtheilten Gebrüder Wittenburg, die übrigens beide die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt und diese fast ausschließlich auf das Nichtmehrvorhandensein des deutschen Bundes gegründet haben, so daß jetzt das Obertribunal über diese wichtige Frage zu entscheiden wird.

— x „**Gesinnungstüchtigkeit der nachwachsenden Demokratie.**" — In einer hiesigen Schulanstalt, wo die Kinder auf Kosten der Commune unterrichtet werden, hatte der Lehrer das Erlernen der Gebote aufgegeben. Einer seiner Schüler antwortete ihm beim Ueberhören des Pensums: „Ich bin Demokrat, wie mein Vater, und Demokraten glauben an keinen Gott, brauchen also keine Gebote zu lernen." Nachdem der Lehrer sich von seinem Erstaunen über diese Gotteslästerung erholt hatte, fragt er den Knaben, ob sein Vater nicht die Kirche besuche. „Mein Vater", entgegnet der Knabe, „hat schon berechnet, wie viel Wohnungen aus den Kirchen gemacht werden können, und diese Wohnungen müssen die Barrikadenkämpfer umsonst bekommen, wenn das Volk wieder aufsteht." — Das nenne ich mir doch noch Demokratie!

— Gegen den Buchhändler Stargardt ist wegen Verbreitung der verbotenen Schrift: „Das neue Berliner Zuchthaus, genannt die Stadtvoigtei," die Kriminal-Untersuchung eingeleitet. Als Verfasser dieser Schrift hat man zwei Personen in Verdacht, welche noch gegenwärtig zu den Gefangenen der Stadtvoigtei gehören. Der Angeklagte will die Schrift, nachdem sie mit einem Bücherballen von Leipzig, wo sie erschienen, angekommen war, dem Polizeikommissarius Greiff ausgehändigt haben. Die öffentliche Verhandlung dieser Sache, in welcher auch der Beweis der Wahrheit der in der Schrift enthaltenen Anschuldigungen gegen die Stadtvoigtei zu führen versucht werden dürfte, wird für das Publikum gewiß von großem Interesse sein. (Die Schrift ist übrigens so ächt demokratischen und lügenhaften Inhalts, daß über ihren Zweck gar kein Zweifel herrschen konnte.)

— Vor dem Rheinischen Revisions- und Cassationshofe wurde gestern über das Cassationsgesuch des bekannten Elberfelder Mai-Verurtheilten Otto v. Mirbach, und die Cassationsbeschwerde des Staatsanwalts gegen das Erkenntniß wider den Redacteur Hässler verhandelt. Die Entscheidung wird am nächsten Sitzungstag publizirt.

Die Verhandlung vor dem kön. Obertribunal über die von dem wegen Hochverraths zum Tode verurtheilten Schauspieler Trzeciak eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde kann erst in Kurzem erfolgen, da die Zahl der noch zur Entscheidung vorher eingegangenen Fälle sehr groß ist.

— △ Die auf gestern bei der zweiten Kriminal-Abtheilung des hiesigen Stadt-Gerichts anberaumt gewesenen Audienztermine mußten sämmtlich aufgehoben und die erschienenen Parteien entlassen werden, weil der Vorsitzende der Abtheilung plötzlich erkrankte und die übrigen Mitglieder nicht in dem Maße informirt waren, um den Vorsitz übernehmen zu können.

— † Die Armenkrankenpflege in Berlin ist in 32 Kommissionen getheilt, deren jeder ein Arzt vorsteht, so daß ein solcher auf je 13,500 Seelen kommt. Während des ersten Quartals des laufenden Jahres sind 15,909 Kranke behandelt worden, also c. 500 von jedem Arzt. Die Zahl der verschiedenen Rezepte beläuft sich auf 65,844, also für jeden Kranken mehr als 4. Die sämmtlichen Arzneikosten betrugen 11,188 Thlr. 29 Sgr.

— † Der neue Ausbau im Innern der Stadtvoigtei wird bald beendet sein. Auf dem im Jahre 1831 neu angebauten Flügel, dem sogenannten neuen Hause, ist noch ein Stockwerk aufgesetzt, das in diesen Tagen unter Dach gebracht wird. Durch den Bau wird die Zahl der Gefängnisse um 12 vermehrt.

• Das Friedrichs-Monument, dessen Aufstellung man bis zum 15. Oktober, dem Allerhöchsten Geburtsfeste, zu ermöglichen hoffte, wird erst im nächsten Frühjahre enthüllt werden, da sich die Ablieferung des dazu bestellten Granit-Sockels wider Erwarten verzögert. Von Seiten des Meisters, aus dessen schöpferischer Hand dieses großartige Denkmal hervorgegangen ist, wie es in dieser imposanten Art zum zweiten Male nicht in Europa existirt, von Seiten des Professors Rauch hätte, wie wir hören, der Errichtung des Monumentes schon zum 15. Oktober Nichts im Wege gestanden, da das Werk rasch seiner Vollendung entgegen reift. Auch die lebensgroßen Statuen der Krieger, Künstler, Staatsmänner und Gelehrten aus Friedrichs Zeit, aus deren Mitte die Reiterstatue des unsterblichen Königs in doppelter Lebensgröße emporragen wird, sind fast alle fertig, und es gewährt einen eigenthümlichen Anblick, sich inmitten dieser ehernen Gestalten zu bewegen, von denen der am Boden stehende, die letzte Handanlegung des Künstlers erwartende Kant, seinen dreieckigen Hut in der Hand, die Beschauer willkommen zu heißen scheint. Doch mehr Beifall, als der Philosoph in der Perrücke, soll der Dichter der „Minna von Barnhelm", soll Lessing bei den besichtigenden Damen finden: seinen Kopf so wie den des Seydlitz hoch zu Rosse erklären die weiblichen Kunstkennerinnen allgemein für die schönsten. Und wenn auch die ganze und volle Großartigkeit des Monumentes allerdings erst nach seiner Aufstellung richtig erkannt werden kann: so nahe und bequem, wie jetzt, wird man die einzelnen Statuen nicht wiedersehen können, die alle in charakteristischer Auffassung für sich und in wahrhaft dramatischer Gruppirung zu einander stehen. Rauch verdient sich durch dieses Werk den Namen eines preußischen Phidias.

— **Theater. Friedrichwilhelmsstädtische Bühne.** In dem Lustspiel „Badekuren" gab eine hiesige junge Dame, Fräulein Denecke (von den Künstlernamen will der Polizeianwalt Nichts wissen), die Rolle der „Luise" als ersten theatralischen Versuch. Eine sehr angenehme Persönlichkeit und ein hübsches Organ erleichterten der Debütantin das erste Auftreten, das in einzelnen Scenen, z. B. bei dem Vortrag des Studentenliedes, bereits wirkliches Talent für die Bühne bekundet und ihrer künftigen Laufbahn ein günstiges Prognostikon stellt, wenn Frl. Denecke Kraft genug hat, sich nicht gleich von dem Schimmer größerer Rollen verlocken zu lassen, sondern die ersten Schülerstufen auf den Brettern durchzumachen, die nothwendig sind, um Herr der freien, sichern Bewegung, des Gehens und Stehens und der Sprache zu werden. Der erste Beifall ermunterte übrigens sichtlich die junge Debütantin nach der sehr natürlichen Befangenheit in der ersten Scene.

Als „Margarethe von Western" in dem Lustspiel „Erziehungsresultate" gastirte Frl. Berg vom Theater zu Lemberg. Ein hübsches Aeußere, verbunden mit offenbar großer Spielgewandtheit, würden die Dame zu einer vollkommenen Kunstacquisition machen, wenn leider nicht eine auffallende Kurzathmigkeit ihrem Sprechen sehr schadete und in ihre ganze Darstellung etwas allzu Hastiges, Unruhiges brächte. Herr Ascher als „Comic" zeichnete trefflich den eitlen, doch gutmüthigen Modegecken.

— ⁂ **Königsstädtisches Theater.** Frl. Antonie Leopold, die neu engagirte Soubrette, hat im „Talisman" als Flora debütirt und sich einer höchst beifälligen Aufnahme bei dem zahlreich versammelten Publikum zu erfreuen gehabt. Sie erschien gleich gewandt als Darstellerin wie als Sängerin und errang sich namentlich durch den pikanten Vortrag ihrer Lieder allgemeinen Applaus und Da-Capo-Ruf, so daß sie das günstigste Vorurtheil für ihr weiteres Auftreten erweckt. Den Feuerfuchs gab Hr. Grobecker mit bestem Erfolge nicht nur in den Couplets, sondern auch in scharf und drastisch ausgeprägter Charakterisirung des wandernden Genius. Der beliebte Komiker wurde am Schlusse mit Frl. Leopold hervorgerufen. Letztere wird weiter debütiren in „Witz und Phlegma" und in „Wer ist mit?"

[illegible]

heit, die erst nur bei den feineren Sorten sich zeigte, erscheint jetzt schon auch auf den mit Winterkartoffeln besetzten Feldern in so hohem Grade, daß deren Nähe schon durch den bekannten characteristischen Faulgeruch sich ankündigt. Felder in allen Lagen und Erdarten sind in gleicher Weise betroffen; bei den meisten wird man nicht den Ertrag der Erntekosten herausbringen, kurz, die Calamität ist größer und umfangreicher, als sie es in den ersten Jahren des Auftretens der Seuche war. Aus der benachbarten Grafschaft Mark und aus den fruchtbaren Gegenden Westphalens lauten die Berichte gleich traurig.

Woll-Berichte.

Wien, 26. August. In Folge der Pesther Marktberichte sind auch hier mehrere Partieen Schaafwolle für das Inland zu guten Preisen gekauft worden, namentlich 170 Ctr. a 138 fl., 220 Ctr. a 115 fl. und 100 Ctr. a 105 fl. Von Zigaja- und Zakelwolle sind 300 Ballen angelangt, darunter 24 B. Siebenbürger Schur- und 12 B. do. Hautwolle, 30 B. kleinwallach. Schur- und 30 B. wallach. Gerberwolle, 50 B. türk. und 60 B. Widdiner Gerberwolle, 20 B. geschwemmte Banater Zigaja, 23 B. do. Zakel (a 33 fl. W. W.) und 40 B. poln. Zakelwolle (a 30 fl. in effect. 20gen) verkauft. Weiterhin wurden gemacht: 70 B. großwallach. 1ma a 49—50 fl., 2da a 42—43 fl., 130 B. unsortirte wallach. a 43—44 fl., 24 B. Siebenb. Hautwolle a 50—51 fl., 40 B. Widd. Gerber- a 36 fl., sämmtlich fürs Inland, dann 30 B. Siebenb. Schur a 50—60 fl. fürs Ausland.

London. Der Anfang der Auktionen von Australischen und anderen Kolonialwollen ist auf Donnerstag den 22sten d. M. festgesetzt worden. Das hereinzubringende Quantum besteht bis jetzt aus 21,500 Ballen Sydney, 16,700 B. Port-Philipp, 6200 B. Van-Diemens-Land, 4200 B. Cap, 1200 B. Adelaide, 850 B. Swan-River, 50 B. New-Seeland, zusammen 50,700 Ballen frische Wolle, welche eine schöne und reichhaltige Auswahl, sowohl für Kamm- wie Tuch- und Streichgarne sich eignend, darbieten. Außerdem erwartet man noch 2—3 Schiffe mit c. 3—4000 Ballen. — Die besseren Nachrichten, welche uns über das Geschäft in den Vereinigten Staaten zugekommen, und die guten Aussichten auf eine gute Erndte sind die Ursachen, daß unsere Fabriken in der letzten Zeit so vollauf beschäftigt gewesen sind und veranlaßt uns zu dem Glauben, daß man für die bevorstehende Auction trotz des zum Verkauf gebrachten großen Quantums vielleicht dieselben Preise behalten dürfte, wie im vorigen Juni und Juli.

In Deutschland, Frankreich und Belgien sind die größten und hauptsächlichsten Bedürfnisse durch die deutschen und französischen Wollmärkte gedeckt, demungeachtet bleibt im Verhältniß zu früheren Jahren jetzt ein größeres Quantum in Breslau und Berlin auf den Lägern unverkauft liegen. Der Vorrath von deutschen Wollen in England besteht noch aus c. 4000 Ballen, größtentheils von der alten Schur und der Verkauf derselben geht in Folge der zu hohen Preise in Deutschland für den Augenblick langsam. — Die Importation von australischen und anderen Kolonial-Wollen wird in diesem Jahre c. 170,000 B. betragen, davon wurden verkauft: im Mai c. 22,000 B., im Juni und Juli 50,000, in der jetzigen Auction 50,000 und bleiben für December c. 28,000 B., Februar 1851 die letzte Auction von Wollen der jetzigen Schur 20,000, Total 170,000 B. Es ist hieraus zu ersehen, daß vom Monat Mai bis September, also in 5 Monaten, 122,000 B. verkauft worden und daß vom Oktober bis Ende April, also für 7 Monate, nur 48,000 B. zum Verkauf gebracht werden können. Die [illegible] Folge zweier so großer Verkaufungen hatte im vorigen Jahre bei dem [illegible] und noch viel mehr den Kontinental-Käufern nicht die nöthige Zeit zur Verarbeitung und Realisirung ihrer Wollen blieb und Viele dadurch nur mit [illegible] en Fonds geriren konnten. Derselbe Fall wird oder könnte um so eher jetzt eintreten, weil die Einfuhr um c. 25,000 B. größer sein wird und in diesem Verhältnisse der Verbrauch nicht zugenommen haben dürfte. Wer sich daher zur Juli-Auction mit mehr Wolle versah, als er für den Augenblick bedurfte, setzte sich ohne Grund einem großen Risico aus, denn es ist jedenfalls eher vorauszusehen, daß die jetzigen Preise bei einer so großen Masse von Wollen, die in so kurzer Zeit verkauft werden müssen, weichen oder sich höchstens halten würden, aber kein Grund zu fernerem Steigen derselben vorhanden.

Inserate.

(Für den folgenden Theil der Zeitung ist die Redaction nicht verantwortlich.)

Zur Beachtung.

Ein Geometer, welcher in Ablösungs- und Separationssachen vertraut und geübt ist, sucht Geschäfte bei einem Vermessungs-Revisor ꝛc. zu übernehmen.

Geneigte Offerten werden erbeten unter der Adresse C. N. post restante Priebus in Schlesien.

[illegible]

Ein unverheiratheter, brauchbarer Bedienter, der über seine bisherige Führung hinreichende Atteste beibringen kann, findet zum Oktober d. J. einen Dienst auf dem Lande. Näheres in der Expedition der Neuen Preußischen Zeitung.

Une Suissesse, depuis une dizaine d'années Bonne d'enfants dans une famille réspectable, cherche une autre place. Le père des enfants, dont elle a terminé maintenant la première éducation, fournira sur elle tous les renseignements que ses nouveaux maîtres pourront désirer. Les familles, qui voudront l'engager, sont priées de remettre leurs adresses à l'Intelligenz-Comtoir de Berlin sous le chiffre A. 167.

Societäts-Antrag.

Der Besitzer der erforderlichen Mittel und eines großen dazu geeigneten Grundstückes wünscht sich zur gemeinschaftlichen Begründung eines orthopädischen Institutes mit einem Arzt dauernd zu verbinden. Dieser würde nicht allein sofort eine gesicherte einträgliche Stellung gewinnen, sondern selbige würde sich bald zu einer ganz ausgezeichneten steigern, ohne daß dabei die den Umständen nach zu erwartende bedeutende Privatpraxis aufgeopfert werden braucht. Adr. unter M. 169. im Int.-Comt. abzugeben.

Regelmäßige Post-Dampfschifffahrt zwischen Wismar und Copenhagen.

Vom kommenden Monat September an geht:
das Post-Dampfschiff „Obotrit", Capt. Seth,
jeden Mittwoch von Wismar nach Copenhagen,
jeden Montag von Copenhagen auf hier.
Das Postdampfschiff „Skirner", Capt.-Lieutn. Seidelin,
jeden Sonnabend von Wismar nach Copenhagen,
jeden Donnerstag von Copenhagen auf hier.

Von dieser Zeit an wird die Beschränkung der Anzahl der von hier nach Copenhagen mitzunehmenden Passagiere für das Postdampfschiff Obotrit dadurch aufgehoben, daß dies Schiff, falls nicht genügend freier Raum in den Copenhagener Contumaz-Anstalten für dieselben sein sollte, die Quarantaine-Zeit über dort liegen bleiben wird. —

Das Postdampfschiff „Skirner" wird dagegen keine Passagiere von hier nach Copenhagen mitnehmen.

Wismar, den 28. August 1850.

Direction der Meckl. Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Köln-Münster Vieh- und Hagel-Versicherungs-Verein,

concessionirt für die Preuß. Monarchie.

Durch die Ausdehnung des Vereins auf die ganze Preußische Monarchie hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, zum Sitz der Direction einen Mittelpunkt zu wählen, welcher eine raschere und gleichmäßigere Kommunikation nach allen Seiten hin möglich macht, als der bisherige. Desgleichen hat die Erfahrung die Revision einiger Bestimmungen der Statuten nöthig erscheinen lassen und das Bedürfniß einer nach Provinzen organisirten Verwaltung ergeben. In Folge dessen hat die am 13. Juli d. J. stattgefundene außerordentliche Generalversammlung die Verlegung der Direction nach Berlin, eine nach Provinzen eingetheilte Verwaltung und die Abänderung einiger Paragraphen der Statuten beschlossen, welche Beschlüsse der Genehmigung des Ministeriums entgegensehen.

Ungeachtet der Schwierigkeiten und Gefahren, von welchen ein solches Institut bei seinem Inslebentreten begleitet zu sein pflegt, hat der Verein in der noch kurzen Zeit seines Bestehens eine so feste Stellung eingenommen, daß sämmtliche Unfälle statutenmäßig ausgezahlt und die laufenden Risiko's gedeckt sind. Durch die Vortheile, welche die erweiterte Organisation für Erleichterung und Sicherheit der Kontrole herbeizuführen geeignet ist, werden zugleich die Sicherheit, die Annehmlichkeiten und Vortheile des Vereins für alle Mitglieder wesentlich vermehrt.

Nähere Auskunft wird ertheilt von der II. Abtheilung der Direction, Berlin Friedrichsstraße 95., wo auch für die Provinz Brandenburg Versicherungen angenommen und Meldungen zu Agenturen geschehen können.

Die Direction.

Möbeln u. Polstern u. Spiegel

empfehlen bei hübscher Auswahl zu soliden Preisen

Speyer & Co., Behrenstraße 50, part.

Wachstuch-Fußteppiche, Rouleaux u. s. w. zu billigsten Fabrikpreisen bei Herrmann u. Lehmann, Königl. Bauschule Nr. 2.

Water Closets

[illegible]

die Fabrik Behrenstraße 50, part.

[illegible]

Musikalien-Leih-Institut

[illegible]

T. Trautwein'sche Buch- und Musikhandlung (J. Guttentag), Leipziger Str. Nr. 73.

Broderies de Nancy et Paris.

Große reichhaltige Auswahl feiner französischer Stickereien und ächter leinener Batist-Taschentücher aus Nancy und Paris zu sehr billigen und festen Fabrikpreisen.

Chemisetts, kleine Kragen, Pellerinen, Cardinal in allen nur möglichen Façons von 4, 5, 6, 8, 10, 15, 20 Sgr. bis zu den eleganteſten zu 6 Thlr., ächte Batist-Taschentücher gestickte und mit Bordüren von 5, 7½, 10, 15, 20, 25 Sgr. bis zu 12 Thlr., ächte Spitzen-Kragen und Brüsseler Points-Kragen von 15 Sgr. ab. Brüsseler und Lyoner Schleier von 15, 18, 20, 25 Sgr. bis 6 Thlr. Negligee-Häubchen von 15 Sgr. Aermel von 5 Sgr. ab. Spitzen-Shawls, Brautschleier, Barben, Coiffures, so wie ächte und imitirte Spitzen und alle dergl. Artikel zu auffallend billigen Fabrikpreisen.

M. S. Bernau,
Nr. 43. Markgrafenstraße Nr. 43.,
am Gensd'armes-Markt,
zwischen der Tauben- und Mohren-Straße.

Ausländische Kassenscheine

werden beim Kauf für voll in Zahlung genommen. Das Seiden-, Modewaaren- u. Damen-Garderobe-Geschäft von

Gebrüder Aron, Behrenstraße 29.

Eau-de-Lis — Lilien-Saft,

französisches patent. garantirtes

Haut-Verschönerungs-Mittel,

von Maubigant Chardin à Paris,
19. rue St. Honoré,

zur radikalen Vertreibung der Sommersprossen, des Sonnenbrandes und Leberflecke, Finnen, Hautausschläge u. Röthe des Gesichts.

Ferner hat sich dasselbe stets sehr bewährt gegen jede Hautunreinigkeit, gelbe Haut, bleiche und kränkliche Gesichtsfarbe, Hitzblattern, Flechten, sogenannte Mitesser und Schärfe des Gesichts.

Nach mehrmaliger Anwendung nimmt die Haut eine blendend weiße, sammetartige Weiche an, und stellt bei jedem Alter die jugendliche lebensfrische Blüthe des Gesichts wieder her. Durch Waschen verleiht es dem Organismus vermöge seiner kühlenden ermunternden Wirkung die natürliche Frische der jugendlichen Gesundheit, und außerdem dürfte es auch als eines der ausgezeichnetsten Parfums auf keiner Toilette fehlen. Dies Mittel ist von englischen und französischen Medizinal-Behörden chemisch geprüft und empfohlen worden.

Für die Echtheit und überraschende Wirkung obigen Mittels garantirt hinreichend der Name des Erfinders und Verfertigers.

Nur allein ächt zu haben à Flacon 2 Thlr. mit Gebrauchs-Anweisung bei

Gustave Lohsé in Berlin,
Maison de Paris, Jäger-Strasse Nr. 46.,
Depositaire der ächten feinsten Parfumerien und Toiletten-Seifen, articles discrets de Luxe et de Phantaisie.
Briefe und Bestellungen werden franco erbeten.
Die Ausführung der Bestellungen erfolgt mit umgehender Post.

Als sehr passendes Confirmanden-Geschenk ist zu empfehlen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Newton, J., Kardiphonia oder Herzensergießungen, in einem wirklich gepflogenen Briefwechsel mit vertrauten Freunden geschrieben. Aus dem Englischen übersetzt von Karl Lütke. Mit einer Vorrede von Dr. A. Tholuk. 2. Aufl. 2 Thle. 1850. 8. 1¼ Thlr.

Die Neue Preuß. Zeitung sagt über dieses Buch:

Der Verfasser dieses tiefchristlichen Werkes, das nach der warmen Empfehlung Tholuck's wohl keiner weitern Empfehlung für unsere Leser bedarf, ist durch die seltensten Fügungen zum Dienst Gottes berufen worden und „aus großer Verirrung und weiter Entfernung" zu Christo gekommen. Johann Newton war Sclave, Matrose, Schiffscapitain in Afrika und Zoll-Aufseher, ehe er ein Diener des Wortes ward und ein Führer für Viele zum Heil durch Wort und Schrift. „Die Kardiphonia", sagt der englische Biograph Newton's, „werden gelesen werden, so lange es ein wahres Christenthum giebt." Und Tholuck setzt hinzu: „so mancher schon verdankte diesem Buche Befestigung des Glaubens und Erhebung des innern Lebens."

Verlag von C. G. Brandis,
in Berlin, Dessauerstraße Nr. 5.

[illegible] Besser'schen Buchhandl. (W. Hertz) Behrenstr. 44. zu bekommen:

Vorhöfe zum Glauben oder das Wunder des Christenthums im Einklange mit Vernunft und Natur.

Ein apologetischer Versuch in Briefen von Dr. [illegible]

Der christliche Glaube im Kampfe mit dem Aufklärungschristenthum und der Widerspruch des letztern mit der Vernunft.

[illegible]

[illegible]

Unsere Rüböl-Raffinerie liefert beste blanke klare Waare stets zu den allerbilligsten Preisen und in beliebig großen oder kleineren Posten auch bei ½ u. ¼ Centnern.

J. W. Schnäckel & Sohn,
[illegible] 19. in Berlin.

Billige Spiegel.

Eine große Auswahl recht billiger Spiegel in Gold-, Barock- und Mahagoni-Rahmen mit schönen starken franz. Crystallgläsern, Consoltischen nebst Marmorplatten empfiehlt zu den anerkannt billigsten Preisen die Spiegel-Manufaktur und Gold-Barock-Rahmen-Fabrik von

C. Schreiber, Behrenstr. Nr. 28.

Familien-Anzeigen.

Verlobungen.

Fräul. Clara Glöckel mit Kaufm. Kulick in Kalkow.

Verbindungen.

Hr. G. Breslauer mit Frl. Friederike Jacobi hiers.; Hr. Dr. Busch mit Frl. Emilie Helmerdinger hiers.

Geburten.

Ein Sohn dem Hrn. Günther zu Marzdorf; eine Tochter dem Hrn. Hauptmann Daberkow zu Bromberg; Hrn. Döring zu Potsdam.

Todesfälle.

Hr. Geh. Calculator Hoyn hiers.; Hr. Glasermeister Zschiesche hiers.; Hr. Eigenthümer Jänike hiers.; Hr. Kaufmann W. Francke hiers.; Hr. Major a. D. Hinz zu Breslau; Frl. Adelheid Friedrich zu [illegible]; Frl. Bardenroth zu Brandenburg; Hr. Kreisrichter [illegible] in Strehlen.

Königliche Schauspiele.

Mittwoch, den 4. Sept. Im Schauspielhause. 137. Abonnements-Vorstellung: Viel Lärmen um Nichts, Lustspiel in 5 Abthell., von Shakespeare, übersetzt von L. Tieck.

Donnerstag, den 5. September. Im Schauspielhause. 138. Abonnements-Vorstellung: Maria Stuart, Trauerspiel in 5 Abtheil., von Schiller. Anfang 6 Uhr.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.

Donnerstag, den 5. Sept. Junker und Knecht, Charakterbild mit Gesang in 2 Akten von F. Kaiser. (Grimmig Herr Heſſe, Michel Herr Ascher.)

Anfang 6 Uhr.

Freitag, den 6. September. Zweites Gastspiel der Herren [illegible] und Knaack, erste Komiker des K. K. National-Theaters an der Wien in Wien. Unterthänig und Unabhängig, oder: Vor und nach einem Jahr, Posse mit Gesang in 3 Akten, von L. Elmar. Musik von F. v. Suppé. ([illegible] Wachtel, Herr Treumann — [illegible], Herr Knaack, als Gastrollen.)

Königstädtisches Theater.

Mittwoch, den 4. Sept. (Eröffnung der Italienischen Opern-Saison): I Puritani (Die Puritaner), Oper in 3 Akten. Musik von Bellini.

Donnerstag, den 5. Sept. Zum ersten Male: Der Wilddieb. Vermischtes Possenspiel in 3 Akten, von Lömmel. Hierauf zum ersten Male: Luchs und Fuchs, oder: Die Schauspielerinnen, Posse mit Gesang in 1 Akt, nach dem Englischen, von Gustav Räder.

Kroll's Theater.

Donnerstag, den 5. d.: Der Steckbrief, Lustspiel in 3 Akten von Benedix. Anfang 5 Uhr, des Concerts 4 Uhr. — Bei ungünstigem Wetter musikal.-deklam. Vorträge im Wintersaal.

Als ferner eingegangen werden mit Dank angezeigt: Aus Erfurt 3 Thlr. Aus Gumb 2 Thlr. D. H. 15 Sgr.

H. Goedsche.

Börse von Berlin, den 4. September.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz	141½ bez.
do.	250 Fl.	2 Mt.	140½ bez.
Hamburg	300 Mk.	kurz	150½ bez.
do.	300 Mk.	2 Mt.	149½ bez.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 23 bez.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	80½ bez.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	86½ bez.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102 B.
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99½ G.
Leipzig in Court. im 14-Thlr.-F.	100 Thlr.	8 Tg.	99½ B.
do.	100 Thlr.	2 Mt.	99½ B.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 20 bez.
Petersburg	100 SR.	3 W.	107½ bez.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiwill. Anleihe	5	106½ bez. B.	Grossh.-P.-Pfdbr.	3½	91 G.
St.-Anl. v. 1850	4½	99½ bez.	Ostpr. Pfandbr.	3½	
St.-Schuld-Sch.	3½	85½ bez. B.	Pomm. Pfandbr.	3½	96½ G.
Seeh. Präm.-Sch.	—	112½ a ½ bez. B.	Kur-u.Nm.Pfdbr.	3½	96½ bez.
K.u.Nm.Schuldv.	3½	84 B.	Schlesische do.	3½	
Berl. Stadt-Oblig.	5	104 bez.	do. Lit. B. gar. do.	3½	
do. do.	3½	84 B.	Pr. B.-Anth.-Sch.	—	99 a 99½ bez.
Westpr. Pfandbr.	3½	91½ G.	Friedrichsd'or	—	113½ bez.
Grossh. Posen do.	4	101 G.	And.Goldm.à 5 th.	—	111½ bez.

Eisenbahn-Actien.

[illegible]

Ausländische Fonds.

Russ.-Engl. Anl.	5	110½ B.	poln.P.-O. à 500fl.	4	81½ G.
do. do. do.	4½	97 B.	do. do. à 300fl.	—	136½ G.
do. 1. Anl. b. Hope	4		poln.Bank-C. L.A.	5	93½ bez.
do.2-4.A. b.Stiegl.	4	93 B. V. 92½ B.	do. do. L.B.	—	18½ G.
do.poln.Schatz-O.	4	80½ B.	Lübeck. St.-Anl.	4½	99½ B.
poln.Pfandbr.alte	4	96 G.	Kurh.P.Sch.à40th	—	32½ B.
do. do. neue	4	95½ G.	N.Bad.Anl. à 35 fl.	—	18 B.

Bei sehr geringem Geschäft waren die meisten Effecten heute eher zu haben, wenn auch die Course sich nur wenig veränderten.

Berliner Getreidebericht vom 4. September.

Weizen loco n. Qu.	56 — 60	pr. Sept./Okt.	12 B. 11$\frac{11}{12}$ G.
Roggen do. do.	34 — 38	pr. Okt./Nov.	do.
pr. Sept./Okt.	34½ bz. B.	pr. Nov./Dez.	
pr. Okt./Nov.	35½ bz. B. ½ G.	Lein-Oel loco	11½
per Frühjahr	39½ bz. G.	Rapps	80 B. 78 G.
Hafer loco n. Qu.	19 — 22	Rübsen	78 B. 76 G.
Gerste, große, loco	24 — 26	Spiritus loco o. F.	16½ bz.
Erbsen, Kochwaare	38 — 40	do. mit Faß	15½ G.
Futterwaare	36 — 38	pr. Sept./Oct.	16 B. 15½ G.
Rüb-Oel loco	12 B. ½ G.	pr. Frühjahr	18 bz. B. G.

Roggen für nähere Termine stiller, pr. Frühjahr fest. — Rüböl und Spiritus ohne Veränderung.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., den 3. September. Nordbahn 63½. 4½ % Metalliques 71½. Metall. 81½. Badische 31½. Kurhessische 32. Wien 101½. [illegible]

[illegible]

Auswärtige Börsen.

[illegible]

Auswärtige Marktberichte.

[illegible]

Frühj. 82pf. 38 Thlr. bez. u. B., pr. September-Oktober 82pf. 34—33½, 86pf. 35—34½ Thlr. bleibt B.

Gerste, große 26—28 Thlr. pr. 25 Schfl.

Pomm. Hafer und schles. 20—22 Thlr. pr. 26 Sch.

Rapps 79 Thlr. bez.

Rübsen 76—77 Thlr.

Rüböl mehr Frage, Abgeber knapp. Das pr. 1 Sept. gemeldete Oel scheint nicht gelagert zu werden. Die Stelle 11½ Thlr., pr. September — [illegible]

[illegible]

Inhalts-Anzeiger.

[illegible]